

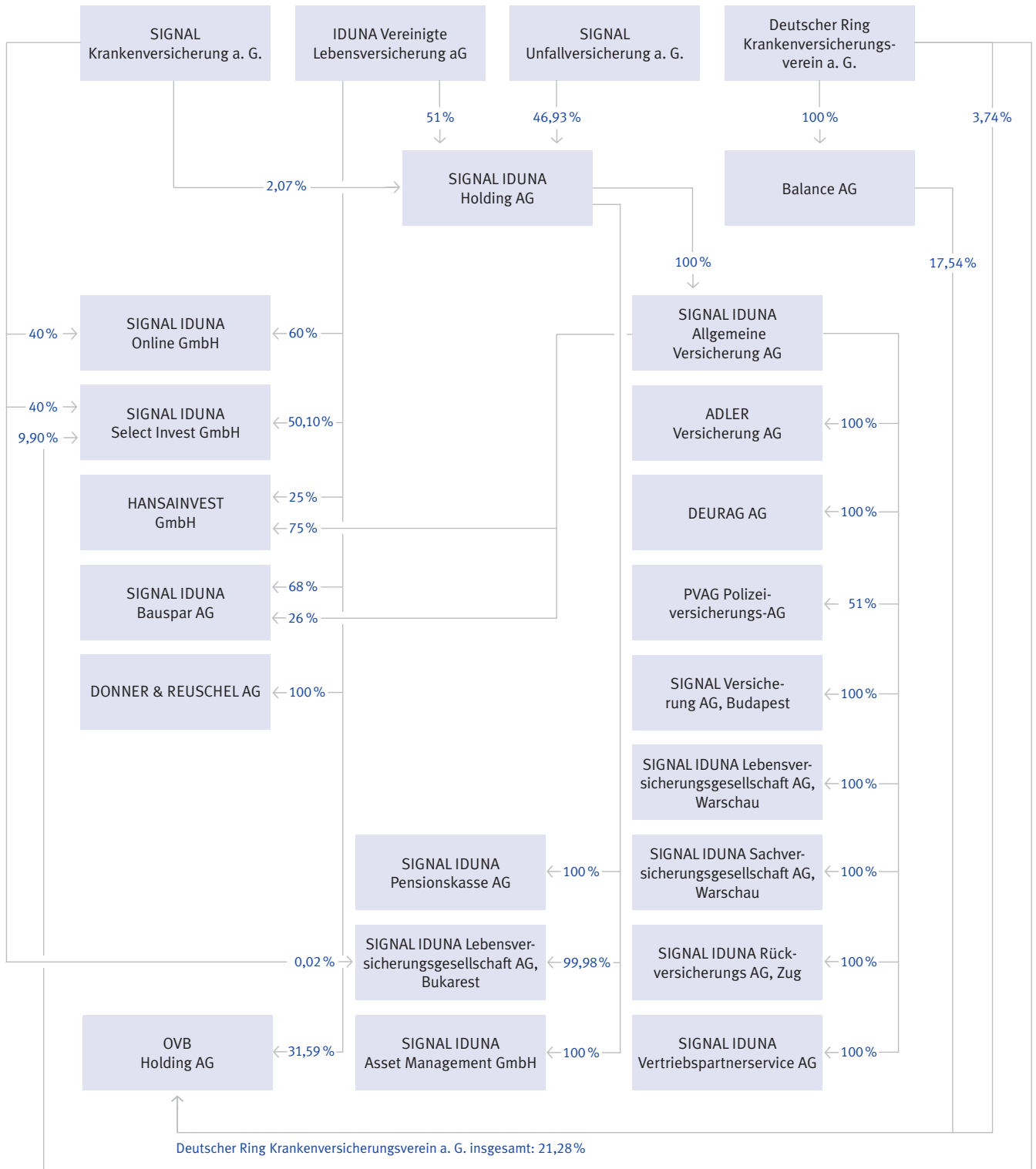


Geschäftsbericht 2013

SIGNAL Krankenversicherung a. G.

		2013	2012	2011
Vertragsbestand				
Laufender Beitrag für ein Jahr in der Lebensversicherung	in Mrd. EUR	1,264	1,261	1,252
Selbst abgeschlossene Lebensversicherungsverträge	in Mio.	2,243	2,297	2,342
Versicherte natürliche Personen in der Krankenversicherung	in Mio.	2,609	2,627	2,641
Selbst abgeschlossene Schaden- und Unfallversicherungsverträge	in Mio.	7,410	7,375	7,344
Versicherungs- und Sparbeiträge				
	in Mio. EUR			
Lebensversicherung		1 552	1 456	1 501
Krankenversicherung		2 744	2 776	2 731
Schaden- und Unfallversicherung		1 190	1 153	1 122
Rückversicherung		129	127	114
Spar- und Tilgungseingänge im Bauspargeschäft		169	162	161
Netto-Mittelaufkommen im Investmentgeschäft		2 500	935	420
Leistungen für Versicherungsfälle				
	in Mio. EUR			
Lebensversicherung		1 613	1 627	1 792
Krankenversicherung		2 081	2 048	1 989
Schaden- und Unfallversicherung		877	780	768
Rückversicherung		105	86	83
Assets Under Management				
	in Mio. EUR			
Kapitalanlagen in der Lebensversicherung		20 379	19 942	19 407
Kapitalanlagen in der Krankenversicherung		19 495	18 071	17 202
Kapitalanlagen in der Schaden- und Unfallversicherung		2 923	2 829	2 782
Kapitalanlagen in der Rückversicherung		445	372	313
Baudarlehen und Kapitalanlagen im Bauspargeschäft		824	792	792
Fondsvermögen im Investmentgeschäft ¹⁾		6 516	5 174	4 277
Assets Under Management im Bankgeschäft		8 179	9 009	8 875
Mitarbeiter				
Angestellte Mitarbeiter		8 891	9 150	8 908
Haupt- und nebenberufliche Vertreter		23 049	19 131	14 551

¹⁾ ohne gruppeneigene Spezialfonds



		2013	2012	*)
Absolute Kennzahlen				
	in Mio. EUR			
Gebuchte Bruttobeiträge		2 064,5	2 089,9	
Aufwendungen für Versicherungsfälle f.e.R.		1 586,4	1 573,3	
Nettoerträge aus Kapitalanlagen		571,4	567,2	
Rechnungsmäßiger Überschuss vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		314,9	410,7	
Deckungsrückstellung		12 922,8	12 304,0	
Rückstellung für Beitragsrückerstattung		1 237,2	1 196,1	
Eigenkapital		504,6	480,6	
Kapitalanlagen		15 011,1	13 951,2	
Kennzahlen nach dem Kennzahlenkatalog des Verbandes der privaten Krankenversicherung				
Kennzahlen zur Sicherheit und Finanzierbarkeit				
	in %			
Eigenkapitalquote		24,4	23,0	A(1)
RfB-Quote		57,8	55,2	A(2)
RfB-Zuführungsquote		12,0	14,7	A(3)
RfB-Entnahmeanteile				
Einmalbeiträge		52,6	49,1	A(4)1
Barausschüttungen		47,4	50,9	A(4)2
Überschussverwendungsquote		92,3	92,4	A(5)
Kennzahlen zum Erfolg und zur Leistung				
Versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote		11,0	14,5	B(1)
Schadenquote		78,3	74,3	B(2)
Verwaltungskostenquote		2,8	2,8	B(3)
Abschlusskostenquote		7,9	8,4	B(4)
Nettoverzinsung		3,95	4,18	B(5)
Kennzahlen zum Bestand und zur Bestandsentwicklung				
Bestandskennzahlen				
Bestandsgröße insgesamt				
Verdiente Bruttobeiträge	in Mio. EUR	2 064,5	2 089,9	C(1)a1
Versicherte natürliche Personen	in Tausend			
insgesamt		1 968,5	1 974,1	C(1)a2
Vollversicherung		477,3	475,4	C(1)a2
Ergänzungsversicherung		1 491,2	1 498,7	C(1)a2
Wachstumskennzahlen				
	in %			
Wachstumsrate				
gemessen an verdienten Bruttobeiträgen		– 1,2	0,4	C(2)a
gemessen an versicherten natürlichen Personen				
insgesamt		– 0,3	– 0,5	C(2)b1
Vollversicherung		0,4	0,8	C(2)b2
Ergänzungsversicherung		– 0,5	– 0,8	C(2)b3

*) Positionsnummer im Kennzahlenkatalog des PKV-Verbandes

Geschäftsbericht **2013**

SIGNAL Krankenversicherung a. G.

6	Vorwort des Vorstandsvorsitzenden
8	Lagebericht
31	Jahresabschluss
32	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2013
36	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013
	Anhang
40	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
46	Entwicklung der Aktivposten B, C I bis III im Geschäftsjahr 2013
48	Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2013
56	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013
59	Sonstige Angaben
61	Organe
68	Konzernangaben
69	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
71	Bericht des Aufsichtsrates
72	Servicenetz

Vorwort des Vorstandsvorsitzenden



Ulrich Leitermann,
Vorstandsvorsitzender

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit nunmehr einem halben Jahrzehnt sind wir jetzt „krisenerprobt“. 2013 jedoch könnte als ein Jahr der Wende in die europäische Geschichte eingehen. In vielen Ländern geht es wirtschaftlich wieder bergauf. Deutschland selbst verzeichnet rund 42 Mio. Erwerbstätige – mehr als jemals zuvor. Unsere Wirtschaft ist gewachsen – wenn auch im vergangenen Jahr nur um etwa 0,4 %. Die Aussichten für 2014 und 2015 werden jedoch deutlich positiver eingeschätzt, und die Stimmung in der Wirtschaft ist sehr gut, nicht zuletzt auch wegen der lockeren Geldpolitik der Europäischen Zentralbank.

Der Aufschwung hat allerdings seinen Preis. Die Niedrigzinsphase zog sich durch das alte Jahr und wird uns auch 2014 weiter beschäftigen. Sie macht es zunehmend schwerer, zufriedenstellende Renditen für unsere Lebensversicherungsprodukte zu erwirtschaften. Auch deshalb war 2013 für die Versicherungswirtschaft ein Jahr zahlreicher Herausforderungen. Die Nachfrage nach Versicherungsprodukten lag nied-

riger als im Vorjahr. Viele Schadenereignisse, vor allem durch Naturkatastrophen ausgelöst, erhöhten dagegen die Versicherungsleistungen zum Teil beträchtlich.

Andererseits konnte unsere Branche dadurch einmal mehr ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen. Mit 7 Mrd. EUR hat sie viel geleistet zur Wiederherstellung von Hab und Gut nach heftigen Zerstörungen durch Stürme, Hagel und Hochwasser. Auch wir haben unseren Teil dazu beigetragen, dass die finanziellen Schäden schnell und unbürokratisch behoben werden konnten. Daran haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit viel Einsatz mitgewirkt. Gemeinsam haben sie damit das Versprechen von Service und Qualität der Marke SIGNAL IDUNA eingelöst.

Solche und ähnliche Erfahrungen, aber auch die gute Konjunktur und die damit gestiegene Ausgabenbereitschaft der Verbraucher können sich positiv für unsere Branche auswirken. Für 2014 erwarten wir daher leicht steigende Beiträge.

Außerdem wird vielen Menschen immer stärker bewusst: Ohne mehr private Vorsorge wird es unserer alternden Gesellschaft nicht gelingen, den gewohnten Lebens- und Versorgungsstandard aufrechtzuerhalten. Die Absicherung im Alter, vor allem gegen Krankheit und Pflegebedürftigkeit, sowie die zunehmende Altersarmut werden zu großen gesellschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Die wichtigsten Mittel gegen Altersarmut sind ein funktionierender Arbeitsmarkt mit genügend Arbeitsplätzen und auskömmlichen Verdienstmöglichkeiten sowie die vorausschauende Absicherung für das Alter, um Versorgungslücken rechtzeitig zu schließen. Gleiches gilt für die Gesundheitsvorsorge unserer immer älter werdenden Gesellschaft, in der die Nachfrage nach Leistungen deutlich steigt.

Vor diesem Hintergrund sehen wir besondere Wachstumschancen in den Bereichen Altersvorsorge und Gesundheit, aber auch im Ausbau der Kompositversicherungen. Hier sind wir weniger stark sozialpolitischen Anforderungen und Wünschen ausgesetzt und erfüllen dennoch eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Denn eines ist gewiss: Ohne die passende Risikoabsicherung im privaten und gewerblichen Bereich funktioniert keine moderne Gesellschaft.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Ulrich Leitermann

.....

SIGNAL IDUNA Gruppe erzielt ein Beitragswachstum in Höhe von 1,9 %

.....

SIGNAL IDUNA Gruppe erhöht die Kapitalanlagen und Kundengelder auf rund 59 Mrd. Euro

.....

30 000 Tarifversicherte haben sich für die geförderte ergänzende Pflegeversicherung der SIGNAL IDUNA Gruppe entschieden

.....

SIGNAL Kranken erhöht den Bestand um 1 881 vollversicherte Personen

.....

SIGNAL Kranken steigert die Eigenkapitalquote auf 24,4 %

.....

SIGNAL Kranken erhöht die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung auf 1,1 Mrd. EUR

.....

SIGNAL Kranken hält die Beiträge ihrer Bestandskunden weitgehend stabil

.....

SIGNAL Kranken erzielt beim ASSEKURATA Unternehmensrating ein A+ (Sehr gut)

.....

SIGNAL Kranken erhält im M-Rating des map-Reports erneut die Höchstnote mmm (hervorragend)

.....

Lagebericht

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Lage

Die weltweite konjunkturelle Entwicklung wird aktuell vor allem von den Industrieländern getragen, während das Wachstum in den Schwellenländern ausgehend von einem hohen Niveau etwas nachlässt. Erstmals konnte unter den Krisenländern der Eurozone nach Portugal nun auch Spanien wieder ein leicht positives Wachstum erzielen. Zur Stützung der schwachen Kreditvergabe sowie der konjunkturellen Entwicklung im Euroraum hat die Europäische Zentralbank (EZB) Anfang November 2013 den Leitzins erneut auf jetzt 0,25 % abgesenkt.

Die deutsche Wirtschaft hat ihren Wachstumskurs in 2013 weiter fortsetzen können. Gegenüber dem Vorjahr fiel das Wachstum mit 0,4 % allerdings um 0,3 %-Punkte geringer aus.

Die positive Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes dokumentiert sich in der kontinuierlich steigenden Zahl der Erwerbstätigen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Arbeitslosenquote lag mit 6,9 % auf einem, im Vergleich zu den Vorjahren, niedrigen Niveau. Vor allem der private Konsum und der Wohnungsbau profitieren dabei von der positiven Entwicklung des Arbeitsmarktes, den realen Einkommenssteigerungen sowie den günstigen Finanzierungsbedingungen.

Die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte hat sich in 2013 weiter verbessert. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte lagen um 2,1 % höher als im Vorjahr. Auch unter Berücksichtigung des zuletzt nur moderaten Preisanstiegs verfügen die Haushalte damit über spürbare Einkommenszuwächse. Allerdings führen die sehr niedrigen Zinsen trotz des moderaten Preisanstiegs zu real negativen Sparzinsen.

Dies hat eine rückläufige Sparquote zur Folge. Insgesamt könnte sich hierdurch auch zukünftig eine weitere Zunahme des privaten Verbrauchs ergeben.

Entwicklung der Kapitalmärkte

Zwar stand die Kapitalmarktentwicklung im Jahr 2013 unverändert im Zeichen der Krise der Euro-Peripheriestaaten Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien, jedoch hat diese Entwicklung infolge der weiterhin extrem expansiven Geldpolitik der Notenbanken und des expliziten Bekenntnisses der Europäischen Zentralbank (EZB) zur Euro-Rettung vom Sommer 2012 ihren Schrecken weitgehend verloren. Dank der übermäßig zur Verfügung gestellten Liquidität verzeichneten die Märkte insgesamt eine über den Erwartungen liegende erfreuliche Entwicklung.

Ein Einfluss der expansiven Geldpolitik zeigte sich vor allem in der Entwicklung der Aktienmärkte im Jahr 2013. Trotz tendenziell rückläufiger Unternehmensgewinne konnten die bedeutenden Aktienindizes der führenden Industrienationen ohne Ausnahme prozentual zweistellig zulegen.

Auch an den Rentenmärkten konnten im Jahr 2013 erfreuliche Erträge erzielt werden. Zwar erreichte die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen im Zuge der politischen Krise in Italien und Zypern im 2. Quartal 2013 nochmals historische Tiefstände; im weiteren Verlauf entwickelte sie sich jedoch positiv und lag per Jahresultimo bei 1,9 % – im Vergleich zu 1,3 % am 31. Dezember 2012. Eine insgesamt positive Entwicklung zeigten dank der eingeleiteten Maßnahmen auch die Anleihen der Peripheriestaaten – hier allen voran Irland, das in 2013 den Weg zurück zum Kapitalmarkt schaffte.

Entwicklung der deutschen Versicherungswirtschaft

Die Versicherungswirtschaft leistet für Wirtschaft und Gesellschaft einen herausragenden, unverzichtbaren Beitrag. Sie fungiert als Schlüsselbranche für die gesamte deutsche Volkswirtschaft.

Die deutsche Versicherungswirtschaft nimmt international eine Spitzenposition ein. Deutschland hat den weltweit sechstgrößten Erstversicherungsmarkt. Deutsche Erstversicherer gehören zu den führenden Anbietern auf vielen ausländischen Versicherungsmärkten. Im Rückversicherungsgeschäft ist Deutschland mit einem Anteil von 31 % der globalen Beiträge sogar der weltweit führende Standort. Diese Stärke spiegelt sich in einer einzigartigen Kompetenzlandschaft wider, die durch eine große Vielfalt von Versicherungsunternehmen, leistungsfähige Verbands- und Aufsichtsstrukturen, eine Vielzahl fachlicher Organisationen sowie eine hochkarätige Forschung und Lehre gekennzeichnet ist. Die Versicherungswirtschaft trägt direkt oder indirekt – über ihre Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen anderer Branchen und die Konsumausgaben ihrer Beschäftigten – in erheblichem Umfang zur Beschäftigung, zum Bruttoinlandsprodukt und zu den öffentlichen Haushalten in Deutschland bei. Für insgesamt 1,3 Mio. Menschen wird durch die Versicherungswirtschaft Erwerbstätigkeit generiert. Das entspricht gut 3 % aller Erwerbstätigen. Der entsprechende Beitrag der Versicherungswirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt Deutschlands beträgt mit 90,6 Mrd. EUR mehr als 3,4 %. Die durch die Versicherungswirtschaft direkt, indirekt oder konsuminduziert generierten Steuereffekte belaufen sich auf mehr als 4,4 % des gesamten Steueraufkommens in Deutschland. Auch ermöglichen die vergleichsweise geringen Schwankungen bei den Steuereinnahmen aus der Versicherungswirtschaft eine hohe Planungssicherheit für die öffentliche Hand. Durch die unverzichtbaren Funktionen, die die Versicherungswirtschaft für Wirtschaft und Gesellschaft übernimmt, ist ihre Bedeutung für das gesamtwirtschaftliche Wachstum höher als die fast aller anderen Branchen. Versicherer schaffen Freiräume für unternehmerische Aktivität und ermöglichen Innovationen und Wirtschaftswachstum.

Nachdem die Beitragseinnahmen in der Versicherungswirtschaft insgesamt in 2012 um 2,0 % gestiegen waren, entwickelte sich in 2013 die Versicherungsnachfrage laut dem Gesamtverband der Deutschen Versi-

cherungswirtschaft e. V. (GDV) insgesamt positiv. Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 3,0 %. Hierzu trug vor allem die hohe Dynamik im Einmalbeitragsgeschäft der Lebensversicherung bei. Insgesamt erzielte die Lebensversicherung im weiteren Sinn (i. w. S.), also mit Pensionskassen und Pensionsfonds, ein Beitragsplus von 4,0 %. In der privaten Krankenversicherung kam es zu einem leichten Beitragsanstieg (+0,7 %). In der Schaden- und Unfallversicherung verlief das Geschäft expansiv (+3,0 %).

Private Krankenversicherung im Markt

Im Jahr 2013 betrug die Beitragseinnahmen der privaten Kranken- und Pflegeversicherung 35,9 Mrd. EUR. Das ist im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 0,7 %. Gebremst wurde das Wachstum durch die Einführung des Notlagentarifs zum 1. August 2013 in der Krankheitskostenvollversicherung, die bei den Versicherungsunternehmen zu höheren Wertberichtigungen bei den Beiträgen führten. Von dem Mehrbeitrag entfallen 33,8 Mrd. EUR (+0,6 %) auf die Krankenversicherung und 2,1 Mrd. EUR (+1,7 %) auf die Pflegeversicherung.

Der Versichertenbestand in der Krankheitskostenvollversicherung belief sich im Jahr 2013 annähernd auf 8,9 Mio. Personen; gegenüber dem Vorjahr ging er um rund 66 300 Personen bzw. 0,7 % zurück. Die Zahl der Zusatzversicherten nahm im Jahr 2013 um 2,0 % auf 23,5 Mio. Personen zu. Die ausgezahlten Versicherungsleistungen betrugen im Jahr 2013 24,3 Mrd. EUR (+4,2 %).

Im abgelaufenen Jahr haben zahlreiche politische Veränderungen und neue Vorschriften das Umfeld der privaten Krankenversicherung beschäftigt:

• Einführung Unisex-Tarife

Der Europäische Gerichtshof hat für Verträge von privaten Verbrauchern entschieden, dass ab dem 21. Dezember 2012 geschlechtsspezifische Merkmale bei der Tarifierung im Neugeschäft nicht mehr verwendet

werden dürfen (Unisex). Damit war 2013 das erste vollständige Geschäftsjahr, in dem im Neugeschäft nur noch Unisex-Tarife angeboten wurden. Die zum Teil höheren Beiträge als in der bisherigen Bisex-Welt resultierten aus den aktualisierten Rechnungsgrundlagen, einer vorsichtig anzusetzenden Geschlechterverteilung und der Absenkung des Rechnungszinses von 3,5 % auf einen niedrigeren Wert wie z. B. 2,75 %, die wegen der anhaltend niedrigen Zinsen von der Deutsche Aktuarvereinigung empfohlen wurde. Damit wird sichergestellt, dass ausreichende Mittel für die Beitragsstabilisierung im Alter generiert werden können. Die beiden Krankenversicherer der SIGNAL IDUNA Gruppe, die SIGNAL Krankenversicherung a. G. und der Deutscher Ring Krankenversicherungsverein a. G., haben bisher eine deutlich höhere Nettoverzinsung als 3,5 % erzielt. Das zeigt, dass die Rechnungszinsabsenkung bei den neuen Unisex-Tarifen für unsere Unternehmen aus Gründen der Vorsorge und Nachhaltigkeit erfolgt ist.

• Staatlich geförderte ergänzende Pflegeversicherung (gePV)

Die staatlich geförderte ergänzende Pflegeversicherung wird seit Jahresbeginn 2013 angeboten. Sie bietet allen Erwachsenen die Möglichkeit, mit geringen Beiträgen die drohende Finanzierungslücke im Pflegefall teilweise zu schließen. Der Staat fördert die Versicherung mit monatlich 5 EUR. Über 350 000 Menschen haben in Deutschland in 2013 eine geförderte Pflegezusatzversicherung abgeschlossen. Bei unseren beiden Krankenversicherern haben sich ca. 30 000 Personen für diese sinnvolle Ergänzung entschieden. Damit liegt unser Marktanteil von 8,3 % bei diesem Produkt über unserem allgemeinen Marktanteil in der Krankenversicherung.

• Notlagentarif

Aufgrund des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes vom 26. März 2007 wurde für die private Krankenversicherung (PKV) eine Sonderregelung für den Fall des Zahlungsverzugs in § 193 Abs. 6 VVG eingeführt. Bei Zahlungsverzug kann danach der Versicherungsvertrag nicht mehr gekündigt werden. Stattdessen

wird das Leistungsniveau auf die Aufwendungen beschränkt, die zur Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände sowie bei Schwangerschaft und Mutterschaft erforderlich sind.

Die ursprüngliche Regelung hat sich als nicht sachgerecht erwiesen. Sie bot kein geeignetes Instrumentarium, um säumige Beitragszahler zur Zahlung anzuhalten. Hieraus entstanden erhebliche Beitragsverluste. Diese beliefen sich in der privaten Krankenversicherung zum 31. Dezember 2012 auf über 745 Mio. EUR. Die ursprüngliche gesetzliche Regelung war aber auch für die Betroffenen nicht sachgerecht. Insbesondere die vorgesehene Fortsetzung des Versicherungsverhältnisses im Basistarif hätte aufgrund des hohen Beitragsniveaus in diesem Tarif häufig zu einer Verschlechterung für die Betroffenen geführt. Die Beitragslast wäre zusätzlich gestiegen. Eine Rückkehr aus dem Basistarif wäre für die Betroffenen in den meisten Fällen faktisch ausgeschlossen gewesen.

Die umgesetzte Regelung zur Einführung eines Notlagentarifs führt zu einem sachgerechten Interessenausgleich. Für die Betroffenen ändert sich der Umfang des Versicherungsschutzes im Vergleich zur bestehenden Rechtslage nicht. Aufgrund der vorgesehenen Rahmenbedingungen des Notlagentarifs kommt es für die Betroffenen zudem zu einer deutlichen Beitragssenkung. Dies gilt insbesondere im Vergleich zur Fortsetzung des Versicherungsverhältnisses im Basistarif. Der Bestand der Nichtzahler wird rückwirkend zu Beginn des Zahlungsverzuges in den Notlagentarif umgestellt. Dadurch reduzieren sich die aufgebauten Beitragsforderungen zum Teil sehr deutlich (Entschuldung). Die betroffenen Versicherten erhalten eine echte Perspektive, nach Ausgleich sämtlicher Forderungen und Bezahlung der Prämien im Notlagentarif das ursprüngliche Versicherungsverhältnis fortzuführen. Dies führt aber auch zu erhöhten Ausbuchungen von Beitragsforderungen und somit zu Beitragsrückgängen in der Vollversicherung. Die Bundesregierung hat die Einführung eines Notlagentarifs zum 1. August 2013 beschlossen.

• **GOÄ-Novelle**

Die Bundesärztekammer und der PKV-Verband haben im November 2013 eine Rahmenvereinbarung zu einer umfassenden Novellierung der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) unterzeichnet, mit der eine moderne Gebührenordnung geschaffen werden soll. Bundesärztekammer und PKV-Verband konstatieren in der Rahmenvereinbarung, dass die GOÄ seit 1982 nur in Teilbereichen aktualisiert worden ist. Wichtige Bereiche der Medizin seien im Gebührenverzeichnis der GOÄ auf dem Stand vom Ende der 1970er Jahre nicht abgebildet. Deshalb war es zwischen den Vereinbarungspartnern unstrittig, dass eine umfassende Überarbeitung der GOÄ im Interesse der Patienten und aller anderen Beteiligten geleistet werden musste. Der gemeinsame Vorschlag soll dem federführenden Bundesgesundheitsministerium in 2014 vorgelegt werden.

• **Politisches Umfeld 2013**

Im Jahr 2013 gab es zum Teil massive öffentliche Kritik an dem Geschäftsmodell der privaten Krankenversicherung. Den privaten Krankenversicherungen wurde zum Beispiel vorgeworfen, dass hohe Beitragsanpassungen dazu führen, dass sich ältere Versicherte ihren Krankenversicherungsschutz nicht mehr leisten können. Auch wurde kritisiert, dass es unterschiedlich lange Wartezeiten für privat und gesetzlich Krankenversicherte bei Facharztterminen gibt. Die Kritik gipfelte in Entwürfen zu einer Bürgerversicherung, welche SPD, Grüne und Linke im Wahlkampf zur anstehenden Bundestagswahl im September 2013 propagierten und die zur Abschaffung der privaten Krankenversicherung geführt hätten. Nach umfassender Kritik an einer Bürgerversicherung, auch aus den Reihen der Gewerkschaften, verfolgte die SPD die Idee der Bürgerversicherung in der Öffentlichkeit nicht weiter. Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD sind keine Regelungen enthalten, die direkt und ausschließlich die PKV betreffen. Veränderungen an der Dualität von privater und gesetzlicher Krankenversicherung sind nicht vorgesehen.

Nach wie vor ist die private Krankenversicherung eine unverzichtbare Säule des Gesundheitswesens. Zahllose Studien und ganz aktuell auch der OECD-Wirtschafts-

bericht für Deutschland zeigen: Die Bevölkerung hierzulande schrumpft und altert vergleichsweise schnell. Das stellt die Wachstumskräfte unserer Gesellschaft und unsere sozialen Sicherungssysteme vor große Herausforderungen. Um dem entgegenzuwirken, ist das Modell der PKV in Deutschland beispielhaft, da es mit dem Aufbau von Alterungsrückstellungen in Höhe von mehr als 180 Mrd. EUR zur Generationensolidarität beiträgt, ohne auf staatliche Mittel und damit auf die Steuerzahler zurückzugreifen.

Geschäftsverlauf unserer Gesellschaft

Positionierung im Markt

Die SIGNAL Krankenversicherung a. G. (SIGNAL Kranken) schloss das Jahr 2013 mit einem guten Ergebnis ab. Trotz der notwendigen Wertberichtigungen aus der Einführung des Notlagentarifs waren die Beiträge mit 2 064,5 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr nur leicht rückläufig. Das Neugeschäft entwickelte sich besser als der Marktdurchschnitt, so dass sich der Marktanteil im Neugeschäft in der Krankheitskostenvollversicherung verbesserte. In der Krankheitskostenvollversicherung konnten 1 881 Versicherte netto hinzugewonnen werden. Die Stornoquote im Bestand konnte um 0,2 %-Punkte auf 3,6 % verbessert werden. Dies trug mit dazu bei, den Marktanteil im Bestand über 6 % zu halten.

Im aktuellen PKV-M-Rating des map-Report wurde an die SIGNAL Kranken ausgehend von den Bewertungskriterien Bilanzkennzahlen, Service und Beitragsentwicklung die Bestnote „mmm“ (= hervorragend) vergeben. Die SIGNAL Kranken erreichte dabei den 3. Platz. Insgesamt wurden 31 Gesellschaften untersucht, von denen lediglich 6 Gesellschaften die Bestnote „mmm“ erhielten.

Im Folgerating 2013 von ASSEKURATA erreichte die SIGNAL Kranken ein sehr gutes Urteil (A+): Die Sicherheitslage der SIGNAL Kranken blieb unverändert EXZELLENT. Mit 24,4 % der verdienten Beiträge weist die SIGNAL Kranken dort eine weit über dem Marktdurchschnitt (15,3 %) liegende Eigenkapitalquote aus.

Die SIGNAL Kranken gehört auch zu den beitragsstabilen Krankenversicherern und wird in diesem Punkt mit SEHR GUT beurteilt. Der Teilaspekt Beitragsrückerstattungspolitik wird sogar mit EXZELLENT bewertet. Verbessert hat sich die Kundenorientierung. Sowohl die Kunden in der Voll- als auch in der Zusatzversicherung sind überdurchschnittlich zufrieden und bestätigen damit ein exzellentes Ergebnis für die SIGNAL Kranken.

Unsere Aktivitäten im Gesundheits- und Leistungsmanagement haben u. a. dazu geführt, dass wir unseren Kunden zum Jahresanfang 2014 erneut unsere Beitragsstabilität beweisen konnten.

Die Zeitschrift „Focus Money“ hat den Tarif Ambulant-PLUS in der Kategorie „Zusatzversicherung-Vollschutz“ als Testsieger mit der Bestnote „hervorragend = FFF“ ausgezeichnet.

Die SIGNAL Kranken kooperiert seit dem Jahr 2004 mit nahezu allen Innungskrankenkassen. Mit über 5 Millionen Versicherten und über 470 Geschäftsstellen bundesweit sind die Innungskrankenkassen unser kompetenter Partner in Sachen „gesetzlicher Krankenversicherung“.

Ein weiteres interessantes Wachstumsfeld in der PKV ist die betriebliche Krankenversicherung (bKV). Aufgrund der demografischen Entwicklung muss sich Deutschland in vielen Branchen, insbesondere in den technischen Berufen und im Gesundheitssektor, auf Fachkräftemangel einstellen. Die bKV bietet Unternehmen daher eine günstige Möglichkeit, für Fachkräfte attraktiver zu werden und sie an sich zu binden. Für die SIGNAL Kranken wiederum bieten sich mit der bKV interessante Cross-Selling-Möglichkeiten in ihrer traditionellen Zielgruppe von Handel, Handwerk und Gewerbe.

Bereits seit elf Jahren begleitet das Gesundheitsmanagement der SIGNAL Kranken Versicherte bei schweren Erkrankungen. Kunden mit einer privaten Krankheitskostenvollversicherung erhalten eine individuelle Fallbegleitung bei chronischen oder schweren Krank-

heiten. Es stehen rund 30 Experten aus unterschiedlichen Bereichen des Gesundheitswesens zur Verfügung. Hierzu gehören Ärzte, Psychologen, medizinisches Fachpersonal, Therapeuten und Versicherungskaufleute. Mit ihrem Fachwissen und Know-how sorgen sie für den bestmöglichen Behandlungsverlauf und ein optimales Behandlungsergebnis. Dies wird insbesondere dadurch ermöglicht, dass sie den oft verunsicherten Kunden als Lotsen im komplexen Gesundheitswesen zur Seite stehen. Da der SIGNAL Kranken eine optimale und gezielte Betreuung bei schwerwiegenden Krankheiten sehr am Herzen liegt, wurde dieser Service sogar in den Tarifbedingungen der Krankheitskostenvollversicherung verankert.

Betriebene Versicherungsarten

Wir betreiben die Krankheitskostenvollversicherung, die Krankentagegeldversicherung, die Krankentagegeldversicherung, die Krankheitskostenteilversicherung, die Pflegepflichtversicherung, die staatlich geförderte ergänzende Pflegeversicherung, die Pflegetagegeldversicherung als Versicherung gegen laufenden Beitrag. Die Pflegepflichtversicherung und die staatlich geförderte ergänzende Pflegeversicherung bestehen als Einzelversicherung, alle anderen Arten als Einzel- und Gruppenversicherung. Darüber hinaus wird die Auslandsreisekrankenversicherung angeboten.

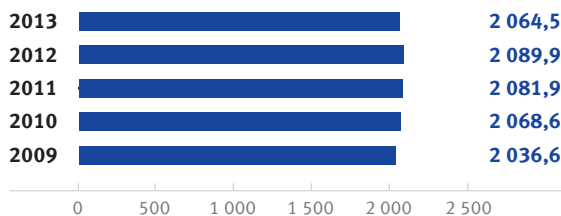
Lage der Gesellschaft

Beiträge

Im Jahr 2013 verringerten sich unsere gebuchten Bruttobeiträge, die fast ausnahmslos aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft stammen, um 25,4 Mio. EUR bzw. 1,2 % (Vorjahr: +8,0 Mio EUR bzw. +0,4 %) auf 2 064,5 Mio. EUR. Der Rückgang ist mit 25,9 Mio EUR auf die Umstellung in den Notlagentarif zurückzuführen. Ohne den Effekt aus der Umstellung in den Notlagentarif haben sich unsere gebuchten Bruttobeiträge – trotz nur geringfügiger Beitragsanpassungen im Geschäftsjahr 2013 – um 0,5 Mio. EUR erhöht.

Gebuchte Bruttobeiträge 2009 – 2013

in Mio. EUR

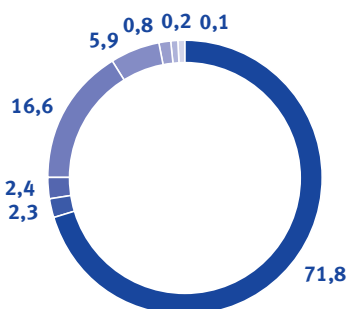


Während die Beiträge in der Krankenversicherung im engeren Sinne um 1,5 % auf 1 943,0 Mio. EUR sanken, stiegen sie in der Pflegepflichtversicherung um 2,7 % auf 121,5 Mio. EUR. Innerhalb der Krankenversicherung sank die Beitragseinnahme in der Krankheitskostenvollversicherung (inkl. Auslandsreisekrankenversicherung) um 23,9 Mio. EUR bzw. 1,6 % auf 1 483,9 Mio. EUR; 71,9 % unserer Beiträge resultieren aus dieser Versicherungsart.

Die Zusammensetzung der Beitragseinnahmen ist in dem unten stehenden Schaubild dargestellt.

Zusammensetzung der Beitragseinnahmen

in %



- Krankheitskostenvollversicherung
- Krankentagegeldversicherung
- Krankenhaustagegeldversicherung
- Krankheitskostenteilversicherung
- Pflegepflichtversicherung (einschl. GPV)
- Pflege tagegeldversicherung
- Auslandsreisekrankenversicherung
- staatlich geförderte ergänzende Pflegeversicherung

Aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnahmen wir zur Vermeidung von notwendigen Beitragsanpassungen 119,3 Mio. EUR (Vorjahr: 100,0 Mio. EUR). Von diesem Betrag stammen 10,5 Mio. EUR (Vorjahr: 2,7 Mio. EUR) aus der Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung, die aufgrund des § 12a Abs. 3 VAG verwendet wurden.

In den Beiträgen ist der gesetzliche Beitragszuschlag mit 46,4 Mio. EUR (Vorjahr: 48,2 Mio. EUR) enthalten.

Neugeschäft

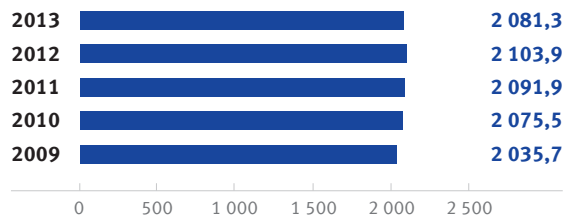
Der Zugang im Neugeschäft einschließlich der Pflegepflichtversicherung sank gegenüber dem Vorjahr um 10,4 %. Ursächlich hierfür waren die verhaltene Nachfrage der Kunden aufgrund der politischen Diskussion über die Zukunft der privaten Krankenversicherung vor der Bundestagswahl, die Begrenzung der Abschlussprovisionen sowie die neuen – für Männer meist teureren – Unisex-Tarife. Der Zugang ist marktweit deutlich zurückgegangen. Die SIGNAL Kranken folgt diesem Trend erfreulicherweise nicht ganz so ausgeprägt wie im Marktdurchschnitt und kann ihren Marktanteil im Neugeschäft verbessern. Dem rückläufigen Neugeschäft stehen jedoch – insbesondere aufgrund der geringen Beitragsanpassungen – gesunkene Abgänge gegenüber.

Versicherungsbestand

Der Versicherungsbestand gegen laufenden Beitrag sank um 1,1 % auf 2 081,3 Mio. EUR Jahressollbeitrag.

Jahressollbeitrag 2009 – 2013

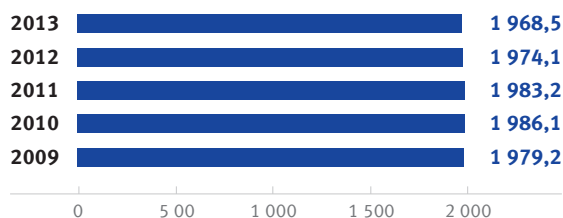
in Mio. EUR



In der Krankenversicherung (ohne Versicherung gegen Einmalbeitrag) waren am Jahresende 1 968 536 Personen bei uns versichert; dies sind 5 574 bzw. 0,3 % weniger als im Vorjahr. Von unseren Versicherten hatten 477 298 eine Vollversicherung – dies sind 24,3 % aller versicherten Personen und 0,4 % bzw. 1 881 Personen mehr als im Vorjahr – und 1 491 238 Personen (0,5 % bzw. 7 455 Personen weniger als im Vorjahr) waren Zusatzversichert.

Versicherte Personen 2009 – 2013

in Tausend

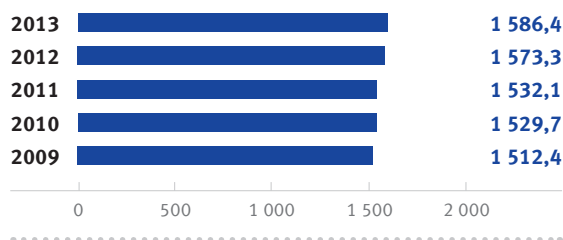


Leistungen an unsere Kunden

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle stiegen um 0,8 % auf 1 586,4 Mio. EUR.

Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung 2009 – 2013

in Mio. EUR



Die Schadenquote gemäß Berechnung des PKV-Verbandes stieg von 74,3 % auf 78,3 %. Die Gesamtaufwendungen für die Versicherten, die sich aus den Aufwendungen für Versicherungsfälle einschließlich der Zuführungen zu den versicherungstechnischen Rückstellungen abzüglich der Zinszuführung und der Einmalbeiträge ergeben, verringerten sich im Geschäftsjahr 2013 um 0,7 % auf 1 904,1 Mio. EUR (Vorjahr: 1 918,1 Mio. EUR).

Die SIGNAL Kranken hat im Jahr 2013 für ihre Kunden einen über dem Vorjahresniveau liegenden Betrag für die Beitragsrückerstattung (BRE) zur Verfügung gestellt. Im Idealfall konnten Krankheitskosten-Vollversicherte bis zu vier verschiedene Arten der Beitragsrückerstattung erhalten:

1. Finanzierung der Mehrbeiträge aus der Beitragsanpassung im Umfang von insgesamt 1,7 Mio. EUR. Somit blieb der Beitrag für leistungsfreie Versicherte in den meisten Tarifen im Jahr 2013 trotz der erforderlichen Anpassung unverändert.
2. Ausschüttung von 79,1 Mio. EUR an rund 136 000 Versicherte, die in den berechtigten Tarifen keine oder nur geringe Leistungen in Anspruch genommen hatten. Damit honoriert die SIGNAL Kranken schon seit vielen Jahren das kostenbewusste Verhalten ihrer Versicherten.
3. Auszahlung in Höhe von 7,4 Mio. EUR als Gesundheits- und Verhaltensbonus. In einigen Vollversicherungstarifen zahlen wir bei Leistungsfreiheit einen Gesundheitsbonus. Zusätzlich honorieren wir bei Leistungsfreiheit in einem speziellen Hochleistungstarif nachweislich gesundheitsbewusstes Verhalten durch einen Verhaltensbonus. Die Höhe der Bonuszahlungen ist tariflich festgelegt.
4. Auszahlung von 17,4 Mio. EUR aus der Pflegepflichtversicherung – unabhängig von der Inanspruchnahme einer Leistung. Damit konnten die Pflegepflichtversicherten wiederum an den entstehenden Überschüssen beteiligt werden.

Mit insgesamt 105,6 Mio. EUR (Vorjahr: 100,9 Mio. EUR) hat die SIGNAL Kranken damit die Treue ihrer Kunden honoriert. Insbesondere vor dem Hintergrund des ständig steigenden Wettbewerbs legen diese Maßnahmen den Grundstein für eine erfolgreiche Bestandsicherung. Es ist geplant, die Beitragsrückerstattung auch in den Folgejahren als wichtiges Element für die Attraktivität unserer Produkte fortzuführen und im Rahmen des Möglichen weiter auszubauen.

Betriebsaufwendungen

Die Abschlussaufwendungen sanken – auch als Folge des geringen Neugeschäfts – gegenüber dem Vorjahr um 7,3 % bzw. 12,8 Mio. EUR auf 162,8 Mio. EUR.

Die Abschlusskostenquote – bezogen auf die verdienten Bruttobeiträge – verminderte sich um 0,5 %-Punkte von 8,4 % auf 7,9 %.

Die Verwaltungsaufwendungen sanken – im Rahmen unseres Kostensenkungsprogramms – gegenüber dem Vorjahr um 1,7 % bzw. 1,0 Mio. EUR auf 58,1 Mio EUR.

Die Verwaltungskostenquote – bezogen auf die verdienten Bruttobeiträge – war mit 2,8 % gegenüber dem Vorjahr unverändert.

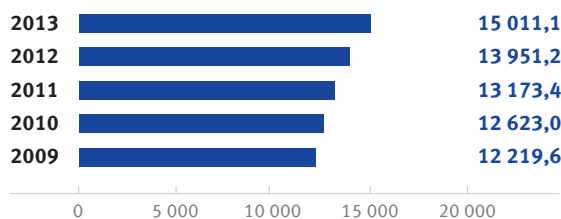
Kapitalanlagen

Trotz der insgesamt erfreulichen Entwicklung an den Kapitalmärkten waren das Neuanlage- und Kreditrisiko auch in 2013 weiterhin die maßgeblichen Risiken im Portfolio. Im Fokus der Anlage stand daher die Stabilisierung der laufenden Erträge in Verbindung mit einer guten Kreditqualität im Bestand der Zinsträger. Diesem Grundsatz folgend konnte in der langfristigen Neuanlage in 2013 im Durchschnitt eine Rendite von 4,2 % bei einer Laufzeit von 21,5 Jahren und einem Emissionsrating von A+ erzielt werden.

Die Kapitalanlagen stiegen im Geschäftsjahr 2013 von 14,0 Mrd. EUR um 7,6 % auf 15,0 Mrd. EUR.

Kapitalanlagen 2009 – 2013

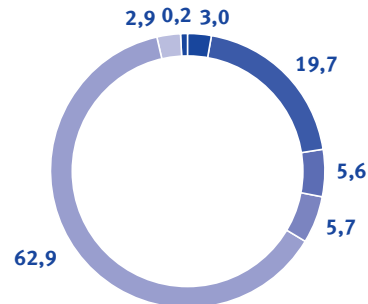
in Mio. EUR



Die Zusammensetzung der Kapitalanlagen ist in dem unten stehenden Schaubild dargestellt.

Zusammensetzung der Kapitalanlagen

in %



- Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte
- Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen
- Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere
- Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere
- Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen
- Sonstige Ausleihungen
- Einlagen bei Kreditinstituten

Strukturveränderungen im Vergleich zum Vorjahr gab es bei den Inhaberschuldverschreibungen sowie den Aktien, Investmentanteilen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, deren Anteile an den gesamten Kapitalanlagen um 2,0 %-Punkte bzw. 1,2 %-Punkte stiegen. Auch der Anteil der Einlagen bei Kreditinstituten nahm um 2,9 %-Punkte zu. Gleichzeitig wurde der Anteil an den sonstigen Ausleihungen um 6,3 %-Punkte verringert.

Die Bewertungsreserven der Kapitalanlagen beliefen sich zum 31.12.2013 auf 1 702,2 Mio. EUR; dies sind 417,4 Mio. EUR weniger als im Vorjahr, was im Wesentlichen auf gestiegene Kapitalmarktzinsen – auf einem nach wie vor niedrigen Niveau – zurückzuführen ist.

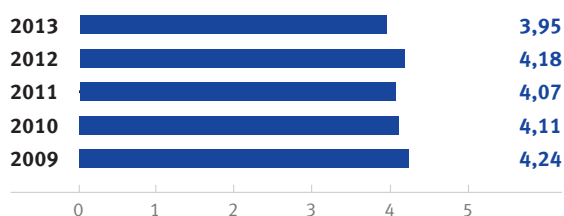
Das gesamte Kapitalanlageergebnis konnte um 4,2 Mio. EUR auf 571,4 Mio. EUR gesteigert werden;

dies entspricht einer im Vergleich zum Vorjahr um 0,23 %-Punkte gesunkenen Nettorendite von 3,95 %. Das ordentliche Kapitalanlageergebnis erhöhte sich um 22,5 Mio. EUR auf 580,8 Mio. EUR und das außerordentliche Kapitalanlageergebnis sank – insbesondere aufgrund von Verlusten aus dem Abgang von Kapitalanlagen – um 18,3 Mio. EUR auf -9,4 Mio. EUR.

Die liquiden Mittel zum 31. Dezember 2013 beliefen sich auf 19,4 Mio. EUR (Vorjahr: 264,2 Mio. EUR). Zum Bilanzstichtag bestanden daneben Liquiditätsreserven in Form von Einlagen bei Kreditinstituten in Höhe von 432,3 Mio. EUR (Vorjahr: 0,0 Mio. EUR) sowie in Form darüber hinaus vorhandener sofort veräußerbarer Wertpapiere. Im Rahmen der detaillierten Liquiditätsplanung wird sichergestellt, dass wir jederzeit uneingeschränkt in der Lage sind, unseren fälligen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Verzinsung gesamt netto 2009 – 2013

in %



Rechnungsmäßiger Überschuss

Mit 312,1 Mio. EUR lag der rechnungsmäßige Überschuss nach Steuern um 82,7 Mio. EUR – im Wesentlichen aufgrund einer gestiegenen Schadenquote – unter dem Vorjahreswert. Von dem rechnungsmäßigen Überschuss nach Steuern wurden 40,5 Mio. EUR (Vorjahr: 57,4 Mio. EUR) gemäß § 12a Absätze 2 und 3 VAG zugunsten der Versicherten verwendet. Der danach verbliebene Bruttoüberschuss betrug 271,6 Mio. EUR (Vorjahr: 337,5 Mio. EUR).

Die wichtigste Ergebnisquelle ist die Versicherungstechnik. Die versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote gibt hier in Prozent der verdienten Bruttobeitragsein-

nahme an, wie viel von den Beiträgen nach Abzug der Aufwendungen für Schaden- und Betriebsaufwendungen übrig bleiben. Sie verringerte sich von 14,5 % im Vorjahr auf 11,0 % im Geschäftsjahr.

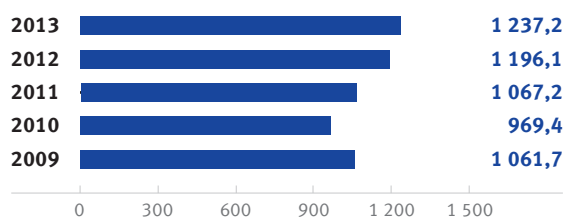
Eine andere wichtige Quelle des Überschusses ist auch in diesem Jahr das Kapitalanlageergebnis, das bei einer Nettoverzinsung von 3,95 % über der rechnermäßigen Verzinsung der Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern überwiegend in Höhe von 3,5 % liegt.

Gewinnverwendung

Aus dem Bruttoüberschuss wurden der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung 247,6 Mio. EUR (Vorjahr: 307,5 Mio. EUR) zugeführt. Insgesamt gaben wir 92,3 % (Vorjahr: 92,4 %) des erwirtschafteten Überschusses an unsere Versicherten weiter. In der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung standen am Ende des Jahres 1 133,0 Mio. EUR (Vorjahr: 1 092,3 Mio. EUR) zur Verfügung, die wir für künftige Beitragsentlastungen und Barausschüttungen einsetzen können. Daneben enthält die Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung weitere 104,2 Mio. EUR (Vorjahr: 103,8 Mio. EUR).

Rückstellung für Beitragsrückerstattung

2009 – 2013 in Mio. EUR



Der nach Zuführung zur Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung verbliebene Jahreüberschuss in Höhe von 24,0 Mio. EUR (Vorjahr: 30,0 Mio. EUR), wurde in voller Höhe den Gewinnrücklagen zugeführt. Die Eigenkapitalquote – bezogen auf die verdienten Bruttobeiträge – stieg insofern von 23,0 % auf 24,4 %.

Unsere exzellente Ausstattung mit Eigenmitteln, die uns auch von der Rating-Agentur ASSEKURATA bestätigt wurde, konnte somit weiter verbessert werden.

Zusammengefasst stellt sich die Überschussverwendung tabellarisch wie folgt dar:

	2013 Mio. EUR	2012 Mio. EUR
Der rechnungsmäßige Überschuss (= Jahresüberschuss + Zuführung zur Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung + Verwendung gemäß § 12a VAG + Zuführung zur Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für die Pflegepflichtversicherung) beträgt	312,1	394,8
Verwendung gemäß § 12a Abs. 2 VAG – Deckungsrückstellung	31,3	43,2
Verwendung gemäß § 12a Abs. 3 VAG – erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	9,2	14,2
Zuweisung erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung Pflegepflicht	0,0	– 0,1
Bruttoüberschuss	271,6	337,5
Zuweisung erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung Pflegepflicht	247,6	307,5
Zuweisung gemäß § 37 VAG und § 15 (4) der Satzung – Gewinnrücklagen	24,0	30,0
Die Überschussverwendungsquote beträgt 92,3 % (Vorjahr 92,4 %).		

Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Angesichts der derzeitigen schwierigen Rahmenbedingungen, insbesondere durch die Diskussion über die Einführung einer Bürgerversicherung vor der Bundestagswahl, stellt sich die wirtschaftliche Lage der SIGNAL Kranken insgesamt als erfreulich dar. Das Neugeschäft entwickelte sich zwar leicht negativ, aber besser als der Branchentrend. Die Beitragseinnahmen sind aufgrund der Einführung des Notlagentarifs geringfügig gesunken. Die Nettoverzinsung aus Kapitalanlagen erreichte in 2013 erfreuliche 3,95 % (Vorjahr: 4,18 %). Der Jahresüberschuss der SIGNAL Kranken betrug im Geschäftsjahr 24,0 Mio. EUR (Vorjahr: 30,0 Mio. EUR), der zur Stärkung des Eigenkapitals den Gewinnrücklagen zugeführt wurde.

Nachtragsbericht

Über weitere Ereignisse von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, ist nichts zu berichten.

Risiko- und Chancenbericht

Nach § 289 Abs. 1 Satz 4 HGB sind wir verpflichtet, über Risiken der zukünftigen Entwicklung zu berichten. Aufgrund § 34 VAG sind die Bestimmungen des § 91 Abs. 2 AktG auch auf Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit anzuwenden. Die nach § 91 Abs. 2 AktG sowie darüber hinaus die nach § 64a VAG geforderten Maßnahmen zur Einrichtung eines Überwachungs- bzw. Risikomanagementsystems haben wir getroffen.

Personal- und Sozialbericht

Personal SIGNAL IDUNA Gruppe

Zum 31. Dezember 2013 waren 8 855 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der SIGNAL IDUNA Gruppe beschäftigt, davon waren 463 Auszubildende. Hinzu kommen 3 971 selbstständige Außendienstpartnerinnen und -partner. Insgesamt sind 12 826 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. Außendienstpartnerinnen und -partner für die SIGNAL IDUNA Gruppe tätig (im Jahresdurchschnitt 12 897 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. Außendienstpartnerinnen und -partner).

Die SIGNAL IDUNA Gruppe legt großen Wert auf Kundenzufriedenheit und Service. Beide Aspekte werden vor allem durch gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewährleistet. Neben dem festen Beschäftigungsverhältnis bietet die SIGNAL IDUNA Gruppe ihren Angestellten vor allem hohe Sozialleistungen und sichere Arbeitsplätze. Gesundheitsmanagement wird in der SIGNAL IDUNA Gruppe nicht nur den Kunden angeboten – auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die Möglichkeit, z. B. über Seminare und Gesundheitstage, hiervon Gebrauch zu machen. Die Veranstaltungsreihe „Gesund Führen – gesundes Führen“ soll Führungskräfte zu einem adäquaten Umgang mit psychischen Belastungen am Arbeitsplatz sensibilisieren. Kostenlose Gripeschutzimpfungen gehören ebenfalls zum betrieblichen Gesundheitsmanagement.

Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bietet die SIGNAL IDUNA Gruppe ein flexibles Arbeitszeitmodell sowie die Möglichkeit zu einem außerbetrieblichen Arbeitsplatz.

Für die erfolgreiche Bewältigung der vielfältigen Arbeiten im Jahre 2013 danken wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie unseren

Kundenzufriedenheit

Die hohe Kundenzufriedenheit wird regelmäßig in unternehmenseigenen und unabhängigen Befragungen festgestellt. So werden zum Beispiel aus dem Kundendienst und dem Service Center regelmäßig Kunden anlassbezogen angerufen und zu ihrer Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten der Betreuung befragt. Unsere Kunden waren über alle Punkte (Freundlichkeit, Engagement, Kompetenz, Verständlichkeit und Einfühlungsvermögen) zu 91 % „vollkommen“ oder „sehr zufrieden“. Dies zeigt, dass wir als Serviceversicherer wahrgenommen werden.

Wir verstehen Chancen und Risiken als positive bzw. negative Ergebnisausprägung von zukünftigen Ereignissen.

Als Risiko verstehen wir von Zielerwartungen abweichende mögliche oder bereits eingetretene Ereignisse bzw. Entwicklungen zum Nachteil der wirtschaftlichen Lage unseres Unternehmens. Dementsprechend sind Chancen sich auf die wirtschaftliche Lage positiv aus-

wirkende Ereignisse bzw. Entwicklungen. Dies impliziert, dass die im Folgenden aufgezeigten Risiken nicht eintreten oder die gegenteilige Entwicklung einsetzt. Dies sind zum Beispiel eine positivere Veränderung der Kapitalmarktsituation als angenommen – insbesondere eine günstigere Entwicklung der Zinsen bzw. der Credit-Spreads – oder auch ein besserer als kalkulierter Verlauf bei den Leistungsausgaben.

Wesentliche Elemente unseres Risikomanagementsystems

Wesentliche Elemente unseres Risikomanagementsystems sind die Risikoidentifikation, die Risikoanalyse und -bewertung, die Risikosteuerung und -überwachung sowie die Risikoberichterstattung.

Innerhalb des Risikomanagements kommen auch unsere Planungs- und Überwachungssysteme zum Einsatz, die es uns ermöglichen, Ziel-/Ist-Abweichungen zu verfolgen.

Unsere Überwachungssysteme werden jährlich überarbeitet, um die Funktionsfähigkeit sicherzustellen. Darüber hinaus werden, sofern erforderlich, unterjährige Anpassungen des Überwachungssystems durchgeführt.

Die Risikosteuerung liegt in der Verantwortung der Fachbereiche. Die von der Risikosteuerung unabhängige Risikokontrolle wird durch die Risikokontrollfunktion durchgeführt. Bei der Risikokontrollfunktion liegt damit die Verantwortung für

- die Koordination der Abläufe im Risikomanagement,
- die Vorgabe einer Systematik zur Identifikation, Bewertung, Dokumentation und Berichterstattung von Risiken,
- die Durchführung der Identifikation und Bewertung von Risiken auf aggregierter Ebene,
- die Beurteilung geplanter Strategien, neuer Produkte und des bestehenden Produktportfolios unter Risikogesichtspunkten,
- das Vorschlagen und Überwachen von Limiten und die Überwachung von Maßnahmen zur Risikosteuerung sowie das Auslösen von Ad-hoc-Prozessen und
- die Risikoberichterstattung an den Gesamt-Vorstand inklusive der Validierung der Risikoeinschätzungen.

Die Risikokontrollfunktion gliedert sich in eine fachlich verantwortliche zentrale Einheit – den Bereich „Zentrales Risikomanagement“ – und in eine dezentrale Ein-

heit je Vorstandsressort. Bei der zentralen Risikokontrollfunktion liegt die Verantwortung insbesondere für die abschließende Sicherstellung der Unabhängigkeit der Risikokontrollfunktion von der Risikosteuerung sowie die übergreifende Koordination des Risikokontrollprozesses i. S. der MaRisk (VA). Zu diesem Zweck ist die zentrale Risikokontrollfunktion einem Ressort zugeordnet, in welchem keine Risikopositionen aufgebaut werden.

Zur Risikoidentifikation führen wir quartalsweise Risikoinventuren durch.

Die Risikobewertung erfolgt anhand der Eintrittswahrscheinlichkeit und der maximal zu erwartenden Schadenhöhe. Dabei sind bereits getroffene Maßnahmen zu berücksichtigen (Nettobewertung).

Die Risikoüberwachung erfolgt anhand eines Risikotragfähigkeitskonzeptes und eines differenzierten Kennzahlensystems, das wir kontinuierlich weiterentwickeln.

Über die als wesentlich erkannten Risiken erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung an den Gesamt-Vorstand.

Für die Versicherungsunternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe sind neben den allgemeinen Geschäftsrisiken insbesondere versicherungstechnischen Risiken, Marktrisiken, Kreditrisiken, operationale Risiken darunter auch Rechts- und Liquiditätsrisiken von Belang.

Die Weiterentwicklung des Risikomanagements vor dem Hintergrund des EU-weiten Solvency II-Prozesses erfolgt in einem unternehmensweiten Projekt. Dieses ist zuständig für die Umsetzung bzw. aktive Begleitung des gesamten Solvency II-Prozesses. Zur Vorbereitung auf Solvency II haben wir an den quantitativen Auswertungsstudien QIS3 bis 6 teilgenommen.

In 2013 wurden die Aktivitäten zur Umsetzung der Governance-Anforderungen fortgesetzt. Insbesondere wurde das aus dem Risikotragfähigkeitskonzept ab-

geleitete Limitsystem planmäßig weiterentwickelt. Darüber hinaus haben wir einen Prozess zur unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA) implementiert, den wir auch in 2014 noch weiter entwickeln werden.

Versicherungstechnische Risiken

Der Markt der Gesundheitswirtschaft ist erheblich durch die politischen Entscheidungen und Gesetze beeinflusst, die sich auf die versicherungstechnischen Risiken der privaten Krankenversicherung auswirken.

Daher nimmt im Risikomanagementsystem unseres Unternehmens das Management der versicherungstechnischen Risiken eine herausgehobene Stellung ein.

Eine besondere Herausforderung für Neugeschäft und Bestandsentwicklung stellen derzeit die staatlich geförderte ergänzende Pflegeversicherung, die Beschränkung der Abschlussprovisionen, die Ausweitung der Stornohaftungszeit in der substitutiven Krankenversicherung, die Umstellung auf den Notlagentarif, die zukünftigen Auswirkungen der Mitgabe der Alterungsrückstellung für das Neugeschäft seit 2009 und die Auswirkungen der Unisex-Beiträge dar. In den neugeschäftsrelevanten Altersbereichen sind die Beiträge bei den Männern höher geworden, sodass die preisliche Attraktivität einer privaten Krankenversicherung hier deutlich gelitten hat, ohne dass ein vollständiger Ausgleich durch das Neugeschäft bei Frauen möglich ist.

Die zur Berechnung der Beiträge und Rückstellungen verwendeten Rechnungsgrundlagen werden laufend überprüft. Durch vorsichtige Kalkulation und eine kundenorientierte Überschussverwendungspolitik wird sichergestellt, dass die Beiträge für unsere Versicherten auch im Alter bezahlbar bleiben. Mit restriktiven Annahmerichtlinien und aktuariellen Analysen reduzieren wir die versicherungstechnischen Risiken. Dazu zählen neben umfangreichen Bestands- und Leistungsauswertungen auch die vorausschauende Beurteilung und Steuerung von Leistungsausgaben, zum Beispiel im Bereich der Krankentagegeldversicherung oder bei

psychischen Erkrankungen. Spitzenrisiken begegnen wir mit geeigneten Rückversicherungsverträgen.

Zu den krankenversicherungsspezifischen versicherungstechnischen Risiken zählen das Leistungsrisiko, das biometrische Risiko, das Storno-, das Rechnungszins- und das Kostenrisiko.

Das Leistungsrisiko besteht in einer möglichen Abweichung des tatsächlichen Aufwands für Versicherungsleistungen von den kalkulierten Werten. Der tatsächliche Aufwand hängt von der künftigen Entwicklung der Krankheitskosten und der Inanspruchnahme der Versicherungsleistungen ab. Auch die Bestandszusammensetzung als Folge der Umsetzung des Unisex-Urteils des Europäischen Gerichtshofes, wonach das Geschlecht für neue Verträge nicht mehr als Kalkulationsgrundlage verwendet werden darf, kann einen großen Einfluss haben. Durch die tatsächlich vorhandenen Risikounterschiede zwischen den Geschlechtern ist die Zusammensetzung des künftigen Unisex-Bestandes kalkulatorisch zu berücksichtigen.

Eine dauerhafte Abweichung der tatsächlichen Versicherungsleistungen von den kalkulierten Werten führt zu einer vom Verantwortlichen Aktuar und dem unabhängigen Treuhänder überwachten Beitragsanpassung, so dass das Leistungsrisiko für das Unternehmen eingeschränkt ist. Für die Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherung der Bestände ist es jedoch wichtig, Anzahl und Höhe von Beitragsanpassungen zu begrenzen. Um Beitragsstabilität zu erreichen, wenden wir restriktive Annahmerichtlinien an, steuern tarifbezogen die Leistungsausgaben und sind im Gesundheitsmanagement aktiv.

Neben den im Abschnitt zum Leistungsrisiko bereits erwähnten Risiken beschreibt das biometrische Risiko im Fall der Krankenversicherung im Wesentlichen das Sterblichkeitsrisiko. Als Sterblichkeitsrisiko wird die Abweichung der tatsächlichen Sterblichkeit von den kalkulierten Annahmen bezeichnet. Die Verwendung aktueller Sterbetafeln, die mit ausreichenden Sicherheiten versehen sind, verringert dieses Risiko.

Das Stornorisiko bezeichnet das Risiko einer möglichen Abweichung des tatsächlichen Stornoverhaltens von den in der Kalkulation verwendeten Annahmen. Die Stornotafeln werden regelmäßig überwacht, die enthaltenen Sicherheiten kontrolliert und auf ihre Angemessenheit überprüft. Aktualisierungen sind im Rahmen von Beitragsanpassungen möglich. Auch der Tatsache, dass sich das Stornoverhalten durch verschiedene gesetzliche Vorgaben geändert hat, wird dadurch Rechnung getragen. Das aus der Mitgabe des Übertragungswertes darüber hinaus entstehende Risiko wird durch die regelmäßige Überprüfung der zugrunde gelegten und mit ausreichenden Sicherheiten versehenen Annahmen minimiert.

Der Rechnungszins ist eine Rechnungsgrundlage, die für die Kalkulation der Beiträge und der Alterungsrückstellung verwendet wird. Wegen der Langfristigkeit der Verpflichtungen ist die Berücksichtigung eines entsprechenden Zinssatzes notwendig. Gemäß Kalkulationsverordnung darf er 3,5 % nicht übersteigen.

Der verwendete Rechnungszins muss nachhaltig erwirtschaftet werden können, andernfalls ist eine Anpassung dieser Rechnungsgrundlage mit der Folge veränderter Bestandsbeiträge notwendig. Dem Rechnungszinsrisiko wird regelmäßig mit einer entsprechenden Kapitalanlageplanung und der Überprüfung des Rechnungszinses auf Basis des Verfahrens zur Bemessung des „Aktuariellen Unternehmenszinses“ begegnet. Darüber hinaus werden im Rahmen des Asset-Liability-Managements die zukünftigen Zahlungsströme aus Beiträgen, Kapitalanlagen und Verpflichtungen sorgfältig aufeinander abgestimmt.

Das Kostenrisiko ergibt sich aus möglichen Veränderungen der tatsächlich bei Abschluss, Verwaltung und Schadenregulierung von Versicherungs- und Rückversicherungsverträgen anfallenden Kosten von den kalkulierten Werten. Dem Risiko wird durch Kostendisziplin und ausreichende Kostenzuschläge im Rahmen der Tarifkalkulation begegnet.

Durch das Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung

wurde ein sogenannter Notlagentarif eingeführt. Dadurch haben sich sowohl die ausstehenden Forderungen als auch die Beiträge und Deckungsrückstellungen reduziert. Versicherungsnehmer, die zukünftig ihre Beiträge nicht bezahlen, werden nach Ablauf der gesetzlichen Mahnfrist in diesen Notlagentarif umgestellt. Dies wirkt sich negativ auf die Beitragseinnahmen aus. Das Forderungsausfallrisiko fällt niedriger aus als unter der bisherigen Regelung. Für die reduzierten Leistungen im Notlagentarif wird künftig ein risikogerechter Beitrag erhoben.

Marktrisiken

Das Marktrisiko bezeichnet das Risiko, das sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe bzw. in der Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt. Es umfasst im Wesentlichen das Verlustrisiko aufgrund von nachteiligen Änderungen von Aktien- und Währungskursen, Zinsen und Credit-Spreads sowie von Zeitwerten bei Beteiligungen und Immobilien.

Für die Überwachung der Marktrisiken von Aktien und Rentenpapieren werden Sensitivitätsanalysen und Stresstests eingesetzt, welche die Wertveränderung unseres Portfolios in Abhängigkeit zu Marktschwankungen aufzeigen. Hierbei werden u. a. folgende Stressannahmen gesetzt:

- für unsere Aktienbestände Indexschwankungen von +/- 10 % bzw. +/- 20 %

AKTIENKURSÄNDERUNG	MARKTWERTÄNDERUNG AKTIEN
Anstieg um 20 %	100,8 Mio. EUR
Anstieg um 10 %	51,2 Mio. EUR
Rückgang um 10%	-52,6 Mio. EUR
Rückgang um 20%	-106,4 Mio. EUR

Die Aktienquote nach Buchwerten beträgt zum 31. Dezember 2013 unter Berücksichtigung von Absicherungsgeschäften 3,3 %.

- für unsere Renteninhaberpapiere Veränderungen der Zinsstrukturkurve um +/- 100 Basispunkte bzw. +/- 200 Basispunkte

ZINSÄNDERUNG	MARKTWERTÄNDERUNG RENTENINHABERPAPIERE
+ 200 Basispunkte	-355,3 Mio. EUR
+ 100 Basispunkte	-177,7 Mio. EUR
- 100 Basispunkte	177,7 Mio. EUR
- 200 Basispunkte	355,3 Mio. EUR

Immobilienrisiken werden über Anlegerausschüsse und -richtlinien sowie die laufende Überwachung der Objekte durch das Portfolio- und Risikomanagement und deren Bewertung durch neutrale Gutachter kontrolliert.

Die Immobilienquote nach Buchwerten beträgt per 31. Dezember 2013 6,7 %.

Ein weiterer Bestandteil des Marktrisikos ist das Spreadrisiko. Das Spreadrisiko bezeichnet das Risiko von Verlusten bei Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten durch Veränderungen der Credit-Spreads über der risikofreien Zinskurve. Im Rahmen des Spreadrisikos werden die Auswirkungen der Spreadänderungen auf den Marktwert von Kapitalanlagen analysiert. Die Veränderung der Credit-Spreads resultiert insbesondere aus Bonitätsänderungen der Schuldner sowie aus der Veränderung von Marktbedingungen (z. B. verfügbare Liquidität oder Risikoeinschätzung der Marktteilnehmer, die die Handelbarkeit der Kapitalanlage beeinflussen).

Das Spreadrisiko wird im Rahmen der regelmäßigen Bewertung der Zinsträger beobachtet und bewertet.

Kreditrisiken

Kreditrisiken betreffen Verluste oder nachteilige Veränderungen der Finanzlage, die sich aus Fluktuationen bei der Bonität von Wertpapieremittenten, Gegenparteien und anderen Schuldnern ergeben, gegenüber denen die Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen Forderungen haben.

Das Ausfallrisiko als Bestandteil des Kreditrisikos bezeichnet das Risiko von Verlusten aufgrund von unerwarteten Ausfällen von Schuldnern oder Rückversicherungspartnern.

Die Steuerung des Kreditrisikos erfolgt auf der Basis des implementierten Kreditprozesses. Im Rahmen dieses Prozesses erfolgt eine regelmäßige Überwachung der Kreditengagements. Das Emittentenuniversum basiert auf einem internen Scoring-Prozess und definierten Limiten je Emittent. Neue Kreditsegmente durchlaufen einen standardisierten Prüfungsprozess.

Die Anlage erfolgt unter Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen zur Mischung und Streuung.

Darüber hinaus bestehen für den Einsatz von speziellen Finanzinstrumenten wie beispielsweise Kreditderivate oder strukturierte Produkte innerbetriebliche Richtlinien.

Den Schwerpunkt der Neuanlage im Direktbestand bildeten ausgewählte Staatsanleihen. Daneben wurden weiterhin Anlagen bei Kreditinstituten guter Bonität erworben. Ergänzend erfolgte in beiden Segmenten die Anlage selektiv in Form von strukturierten Finanzprodukten.

Die im Folgenden genannten Quoten wurden auf Buchwertbasis ermittelt.

Das Bankenexposure bildet mit 59,8 % der Kapitalanlagen weiterhin den Schwerpunkt im Portfolio, wobei hiervon 29,2 % Pfandbriefe sind. Daneben bestehen 54,3 % des Exposures aus erstrangigen Anlagen bei Banken, die den entsprechenden Sicherungseinrichtungen angehören und 6,0 % aus Nachrangtiteln. Die übrigen 10,5 % sind Aktien, Beteiligungen, Festgelder und andere Anlagen.

Der Anteil der Anlagen bei Unternehmen außerhalb des Bankensektors beträgt 10,6 %, davon sind 31,5 % Zinsträger und 68,5 % Aktien bzw. Beteiligungen.

Der Bestand an Hypotheken beträgt 5,7 %. Es handelt sich hierbei fast ausschließlich um erstrangige deutsche Hypotheken.

Die Gesellschaft ist mit 11,6 % in Staatsanleihen exklusive Bund und Länder investiert. Zu den Top-Emitenten gehören Italien mit 3,0 %, Frankreich mit 2,2 % und Belgien mit 2,1 %.

Das Exposure bei den PIIGS-Staaten beträgt 5,1 %, davon 3,0 % Italien, 1,3 % Spanien, 0,4 % Irland und 0,3 % Portugal. Griechische Staatsanleihen befinden sich nicht im Bestand.

Die zehn größten Emittenten (Emittenten aus demselben Konzern zusammengefasst) im Bestand machen rd. 29,8 % des gesamten Kapitalanlagenbestandes der Gesellschaft aus.

Wie die gesamte Branche ist auch die SIGNAL Kranken von den massiven Ratingverschlechterungen am Kapitalmarkt der letzten Jahre betroffen.

Dennoch beträgt das Durchschnittsrating im Bestand der Zinsträger zum 31. Dezember 2013 weiterhin noch AA- und hat sich damit im Jahresverlauf nicht verschlechtert. Der Bestand weist folgende Ratingstruktur auf:

	RATINGKLASSE	ANTEIL
	AAA	29,7 %
Investment Grade	AA	16,8 %
	A	33,2 %
	BBB	17,2 %
Non Investment Grade	BB-B	0,7 %
	CCC-D	0,0 %
ohne Rating		2,3 %

Es bestehen Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern, Versicherungsvermittlern und Rückversicherern.

Gegenüber Versicherungsnehmern belaufen sich die Beitragsforderungen insgesamt zum 31. Dezember 2013 auf 25,4 Mio. EUR. Der Anteil der ausstehenden Forderungen, deren Fälligkeitszeitpunkt am Bilanz-

stichtag mehr als 90 Tage zurückliegt, beläuft sich auf 22,1 Mio. EUR. Die durchschnittliche Ausfallquote der letzten drei Geschäftsjahre beträgt (bezogen auf die gebuchten Brutto-Beiträge) 0,17 % – ohne Berücksichtigung der rückwirkenden Umstellung in den Notlagentarif.

Für die Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern bilden wir Wertberichtigungen in angemessener Höhe auf Basis der Erfahrungswerte aus den Vorjahren und schreiben uneinbringliche Forderungen ab.

Bei der Auswahl unserer Rückversicherer orientieren wir uns an Qualitätskriterien hinsichtlich der Finanzstärke (z. B. Eigenmittelausstattung), der fachlichen Qualität, den Möglichkeiten der Zusammenarbeit sowie der geschäftlichen Ausrichtung der Gesellschaften. Die Ratingeinstufungen der Rückversicherer sind ein wichtiges Indiz für deren Solidität.

Abrechnungsforderungen gegenüber Rückversicherern zum 31. Dezember 2013 bestanden nicht.

Operationale Risiken

Operationale Risiken beschreiben das Verlustrisiko, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitern oder Systemen oder durch externe Ereignisse ergibt. Sie betreffen die Qualität und Effizienz der Organisation, der funktionalen Abläufe, des Personals, der Technik und der Kontrolle. Außerdem ist das Rechtsrisiko ein Bestandteil unseres operationalen Risikos.

Da in der SIGNAL IDUNA Gruppe alle wesentlichen Geschäftsprozesse und Aufgaben durch Informationstechnik (IT) unterstützt werden, liegt hier ein besonderer Schwerpunkt in der Betrachtung der operationalen Risiken.

Im Bereich der IT liegen die bedeutsamsten Risiken in einem teilweisen oder vollständigen Ausfall der IT-Systeme und in einem Verlust oder einer Manipulation der Datenbasis.

Einem möglichen Ausfall der IT-Systeme wird mit geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen entgegengewirkt. Zentrale Elemente sind beispielhaft der Betrieb eines Sekundär-Rechenzentrums, die Durchführung umfangreicher Datensicherungen und -spiegelungen, maschinelle Überwachung der Systeme auf allen Ebenen, Bereitschaftsregelungen sowie Wartungsverträge mit den verschiedenen Anbietern von Hard- und Software.

Zum Schutz der Daten vor unberechtigtem Zugriff und Manipulation sind angemessene technische und organisatorische Vorkehrungen getroffen worden – z. B. durch die Installation von Firewall-Systemen (Trennung vom öffentlichen Netz), Virensclannern, Verschlüsselungen, abgesicherten Verbindungen (z. B. zu den Landes- oder Filialdirektionen und den außerbetrieblichen Arbeitsplätzen) und die Nutzung von Authentifizierungssystemen.

Die Eignung der beschriebenen Vorkehrungen wird regelmäßig, z. B. im Rahmen von Notfallübungen oder Penetrationstests, überprüft und bewertet.

Für die Zukunft erwarten wir weitere Effizienzsteigerungen und eine noch stärkere Unterstützung der Anwender durch die Etablierung technisch optimaler und verfügbarer IT-Systeme.

Das Compliancerisiko ist definiert als Auswirkungen aus dem Verstoß gegen gesetzliche, regulatorische oder interne Normen. Diese Auswirkungen umfassen finanzielle Schäden, Strafen oder Bußgelder, Sanktionen der Aufsichtsbehörden, Reputationsschäden und individuelle Risiken der Organmitglieder.

Zur Einhaltung der gesetzlichen, regulatorischen oder internen Normen wurde ein Verhaltenscodex als Compliance-Leitlinie erstellt und zur Steuerung der Aktivitäten im Bereich Compliance das Compliance-Komitee gegründet. Dieses unterstützt Mitarbeiter, Führungskräfte und Vorstand bei der Umsetzung der in der Compliance-Leitlinie festgelegten Unternehmensgrundsätze.

Das Prozessrisiko bezeichnet Risiken, die aufgrund fehlgeschlagener Prozesse direkt oder indirekt zu Verlusten führen, vor allem im Falle von Prozessen mit Kontakt zu Kunden oder Geschäftspartnern.

Prozessrisiken wird im Rahmen des Internen Kontrollsystems begegnet. Auf Basis der strukturierten Prozessdokumentation werden die Prozessrisiken identifiziert und Maßnahmen zur Risikominderung eingeleitet.

Rechtsrisiken bezeichnen Risiken von Verlusten aufgrund von Änderungen des durch die Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens sowie durch Änderungen in der Gesetzgebung.

Von Verbraucherschutzorganisationen werden zunehmend Rechtsstreitigkeiten betrieben, die zu erhöhten Aufwendungen führen können. Diese Entwicklungen werden beobachtet, juristisch analysiert und geschäftspolitisch bewertet.

Chancen und Risiken aus Entwicklungen der Gesundheitspolitik / dem gesundheitswirtschaftlichen Umfeld

Mit ihrem Koalitionsvertrag haben sich die Spitzen von Union und SPD unter anderem auf die künftige Gesundheitsversorgung der Bevölkerung verständigt. Veränderungen an der Dualität von gesetzlicher und privater Krankenversicherung sieht der Koalitionsvertrag nicht vor. Die Abschaffung der Dualität hätte unserer Meinung nach große Nachteile für die Akteure im Gesundheitswesen und für alle Versicherten mit sich gebracht. Die Entscheidung, das duale Krankenversicherungssystem unangetastet zu lassen, belegt auch das Vertrauen in die Stärken der privaten Krankenversicherung.

Obwohl der Fortbestand der PKV für die nächsten Jahre gesichert ist, stehen wir vor großen Herausforderungen:

- Der Koalitionsvertrag sieht eine Reihe von Verbesserungen in der Gesundheitsversorgung und der Qua-

lität der erbrachten Leistungen vor. Hiervon werden auch die privat Versicherten profitieren. Diese Veränderungen wird es aber nicht zum Nulltarif geben. Die medizinische Inflation, die ohnehin über der allgemeinen Inflation liegt, wird dadurch noch verstärkt.

- Durch die Novelle der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) werden ggf. weitere Kostensteigerungen auf die PKV zukommen.
- Um unseren Kunden auf Dauer einen guten und bezahlbaren Versicherungsschutz bieten zu können, werden wir neue Wege im Gesundheitsmanagement sowie der Patienten- und Leistungssteuerung beschreiten.
- Die anhaltende Niedrigzinsphase senkt zunehmend die Zinsmargen, aus denen u. a. die Rückstellung für Beitragsrückerstattung und die Direktgutschrift zur Deckungsrückstellung dotiert wird. Damit stehen weniger Mittel für die Milderung von Beitragsanpassungen zur Verfügung. Die Kapitalanlage- und Rechnungszinspolitik steht hier vor großen Aufgaben.
- Das Tarifwechselrecht soll gestärkt und kundenfreundlicher ausgestaltet werden. Der Beratungsaufwand für unsere Kunden wird dadurch erheblich steigen.
- Mit der geplanten Pflegereform sind in der ersten Stufe Leistungsausweitungen vorgesehen. In der zweiten Stufe wird ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff zu veränderten „Pflegegraden“ führen, die eine grundlegende Neustrukturierung von Pflegetarifen, Begutachtungen und des Leistungsgeschehens erforderlich machen. Hiervon ist nicht nur die Pflegepflichtversicherung betroffen, sondern auch die Pflegezusatzversicherungen einschl. der geförderten ergänzenden Pflegeversicherung.

Für die Umsetzung der geplanten Verbesserungen in der Pflegeversicherung sind einerseits erhebliche Anstrengungen erforderlich, andererseits werden sich als Folge entsprechende Geschäftssteigerungen ergeben.

Für die private Krankenversicherung eröffnen sich weiterhin gute Marktchancen durch den Vertrieb der

ergänzenden kapitalgedeckten Pflegeversicherung („PflegeBAHR“), welche seit Anfang 2013 staatlich gefördert wird.

Liquiditätsrisiken

Unter Liquiditätsrisiken verstehen wir die Gefahr, unseren Zahlungsverpflichtungen nicht jederzeit nachkommen zu können. Diese Gefahr wird durch den Einsatz von Finanzplanungsinstrumenten begrenzt, welche zur Abstimmung des Kapitalanlagebestandes, der laufenden Zahlungsströme und der versicherungstechnischen Verpflichtungen eingesetzt werden. Es stehen zu jedem Zeitpunkt ausreichend Kapitalanlagen zur Verfügung, die kurzfristig liquidierbar sind. Aktuell sehen wir kein wesentliches Liquiditätsrisiko für die Gesellschaft.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko ist das Risiko, das sich aus einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit (z. B. bei Kunden, Geschäftspartnern, Eigentümern/Aktionären, Behörden) ergibt. Das Reputationsrisiko ist in der Regel ein Risiko, das im Zusammenhang mit anderen Risiken auftritt. Ein Reputationssschaden wirkt sich unter anderem auf das Neugeschäft und die Stornoquoten und damit die Bestandsentwicklung aus.

Zusammenfassende Darstellung

Der geforderten Solvabilitätsspanne von 121,4 Mio. EUR stehen Eigenmittel von 495,6 Mio. EUR gegenüber. Bewertungsreserven werden bei der Ermittlung der vorhandenen Eigenmittel nicht berücksichtigt.

Die Solvabilitätsbedeckung beträgt 408 %. Damit zeichnet sich die Gesellschaft durch eine außerordentlich solide und im Vergleich zu den Wettbewerbern überdurchschnittliche Kapitalausstattung aus. Dadurch sind wir für unsere Kunden auch langfristig ein stabiler Partner.

Zusammenfassend ist für unser Unternehmen festzustellen, dass derzeit den Bestand des Unternehmens gefährdende Risiken nicht erkennbar sind.

Prognosebericht

Auf die Versicherungsnachfrage gehen vom gesamtwirtschaftlichen Umfeld unterschiedliche Impulse aus:

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist in 2013 moderat um 0,4 % gewachsen. Die Wachstumsprognosen für 2014 liegen aktuell bei etwa 1,7 %.

Die Konjunktorentwicklung soll demnach zunächst weiterhin durch die starke Binnenwirtschaft (insbesondere Wohnungsbau und Konsum) getragen werden. Angesichts der verbesserten globalen Konjunkturaussichten wird aber auch erwartet, dass zunehmend Impulse aus der Außenwirtschaft kommen. Auch die Investitionstätigkeit soll den Prognosen zufolge im Zuge dieser Entwicklung wieder etwas anziehen. Unterstellt ist dabei auch eine weitere Überwindung der Krise im Euroraum. Noch nicht berücksichtigt sind in den Konjunkturprognosen die Koalitionsvereinbarungen, die eine Reihe von Maßnahmen, z. B. Pflege- und Rentenreform sowie die Einführung von Mindestlöhnen enthalten, die sich potentiell belastend auf den Konjunkturverlauf auswirken könnten. Aber auch sonst bestehen für 2014 noch erhebliche Prognoserisiken, vor allem hinsichtlich der Zinsentwicklung und möglicher inflatorischer bzw. auch deflatorischer Tendenzen im Euroraum. Politische Krisen in der europäischen Peripherie, wie zum Beispiel in der Ukraine oder den Mittelmeer-Anrainerstaaten Libanon, Syrien und Ägypten, können die Prognosewerte ebenfalls noch beeinflussen.

Wenngleich die Notenbanken auch 2014 an ihrer insgesamt expansiven Geldpolitik festhalten dürften, zeichnet sich doch eine Trendwende ab. Die angekündigte Reduzierung der Anleihekäufe durch die US-Notenbank (FED) spricht 2014 für tendenziell steigende Renditen und im Vergleich zu 2013 geringere Kurszuwächse an den Aktienmärkten.

Die deutschen Versicherer stehen derzeit vor großen Herausforderungen. Diese reichen vom Niedrigzinsumfeld bis zu einer veränderten Risikolandschaft. Vor allem die zunehmenden Aufgaben im Rahmen des gesellschaftlichen Risikomanagements – von den demographischen Veränderungen bis zum Klimawandel – bieten der Branche aber weiterhin gute Zukunftschancen als wichtigem Partner für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Diskussion über die Bürgerversicherung vor der Bundestagswahl und die Ungewissheit über die Zukunft der privaten Krankenversicherung nach der Bundestagswahl wirkte sich im Jahresverlauf 2013 hemmend auf das Neugeschäft in der privaten Krankheitskostenvollversicherung aus. Dies wurde verstärkt durch die höheren Unisex-Neugeschäftsbeiträge und die im Jahre 2012 eingeführte Deckelung der Abschlussprovisionen. Nachdem jetzt Klarheit über den Fortbestand der PKV besteht, gehen wir von einem verbesserten Marktumfeld für die nähere Zukunft aus.

Für 2014 ergibt sich aus den Verbandsprognosen, dass die Beitragseinnahmen in der Versicherungswirtschaft insgesamt um etwa 1,5 % und in der privaten Krankenversicherung um etwa 2,0 % steigen könnten.

• Veränderungen in der Pflegeversicherung

Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD nimmt die Situation pflegebedürftiger Menschen einen großen Raum ein. Die Leistungen in der Pflegeversicherung sollen ausgeweitet werden, damit sie „den Bedürfnissen pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen besser entsprechen“. Im Mittelpunkt steht dabei die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs, der für Menschen mit Demenzerkrankungen bessere Leistungen bringen wird. Daneben sollen die ambulanten und stationären Leistungen angeglichen werden, um die ambulante Pflege zu stärken. Dazu kommen weitere Maßnahmen, die die Attraktivität der Pflegeberufe steigern und die Vereinbarkeit von Beruf und familiärer Pflege verbessern sollen. Die Umsetzung der Pflegereform soll in zwei Stufen erfolgen. In der ersten Stufe soll der Ausbau der schon beste-

henden Betreuungsleistungen einschließlich deren Ausdehnung auf alle Pflegebedürftigen sowie eine Dynamisierung der Leistungen erfolgen. Mit dem Aufbau eines Pflegevorsorgefonds wird der demographischen Entwicklung begegnet und zukünftige Generationen werden entlastet. Die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs sowie weiterer Neuregelungen im Leistungsrecht werden in der zweiten Stufe umgesetzt.

Zur Finanzierung der Reformen in der sozialen Pflegeversicherung soll der Beitragssatz insgesamt um 0,5 %-Punkte in zwei Stufen erhöht werden. Die 1. Stufe umfasst ab 2015 eine Anhebung um insgesamt 0,3 %-Punkte, wovon 0,2 %-Punkte zur Finanzierung kurzfristiger Leistungsverbesserungen dienen und 0,1 %-Punkte zum Aufbau eines Pflegevorsorgefonds bei der Bundesbank verwendet werden sollen. Damit wird der demographischen Entwicklung begegnet und zukünftige Generationen entlastet werden. Mit der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes sowie weiterer Leistungsverbesserungen soll der Beitragssatz um weitere 0,2 %-Punkte angehoben werden.

Die Änderungen in der sozialen Pflegeversicherung werden auch große Auswirkungen auf die private Pflegepflichtversicherung haben. Diese ist verpflichtet, ihren Versicherten gleichwertige Leistungen wie in der sozialen Pflegeversicherung zur Verfügung zu stellen und für die Feststellung der Pflegebedürftigkeit sowie für die Zuordnung zu einer Pflegestufe dieselben Maßstäbe und Grundsätze anzulegen. Damit werden im Leistungsrecht und bei der Begutachtung erhebliche Umstellungen erforderlich sein. Auch in der privaten Pflegepflichtversicherung können Beitragserhöhungen möglich werden.

• **Veränderungen in der Krankenversicherung**

Die Koalition aus CDU/CSU und SPD hat in ihrem Koalitionsvertrag zahlreiche Themen mit Auswirkungen auf die Gesundheitspolitik fixiert. Die geplanten Änderungen beziehen sich überwiegend auf die gesetzliche Krankenversicherung. Die private Krankenversicherung wird jedoch mittelbar – zum Beispiel durch Qualitäts-

verbesserungen und möglicher weiterer Kostensteigerungen im Gesundheitswesen – tangiert sein. So wurde u. a. vereinbart, dass die Wartezeiten auf einen Arzttermin für gesetzlich Versicherte verkürzt werden sollten. Bekommen gesetzlich Versicherte künftig innerhalb von vier Wochen keinen Facharzttermin, sollen sie zur Behandlung ins Krankenhaus gehen können. Verantwortlich für die Terminvergabe innerhalb der Vierwochenfrist sollen die für die niedergelassenen Ärzte zuständigen Kassenärztlichen Vereinigungen sein. Geht der Patient ins Krankenhaus, soll dies aus dem Krankenkassen-Budget für die niedergelassenen Ärzte bezahlt werden. Die Bedeutung der Hausärzte soll weiter erhöht werden. Der Einsatz von qualifizierten nicht-ärztlichen Gesundheitsberufen, die delegierte ärztliche Leistungen erbringen, soll flächendeckend ermöglicht und leistungsgerecht vergütet werden. Die Qualität der stationären Versorgung soll verbessert werden und wird als Kriterium für die Krankenhausplanung gesetzlich eingeführt. In der gesetzlichen Krankenversicherung wird der Zusatzbeitrag künftig wieder als prozentualer Beitrag vom beitragspflichtigen Einkommen erhoben. Der neue Bundesgesundheitsminister hat in den ersten Wochen seiner Tätigkeit angekündigt, die ländliche Versorgung mit Arztpraxen verbessern zu wollen. So sollen junge Leute, die sich verpflichten, nach ihrem Medizinstudium als Landärzte zu arbeiten, leichter einen Studienplatz erhalten.

• **Niedriges Zinsniveau**

Die Geschäftstätigkeit der privaten Krankenversicherer ist weiterhin von dem niedrigen Zinsumfeld betroffen. Für die neuen Unisex-Tarife haben die meisten Versicherer der Branche seit Anfang 2013 den Rechnungszins vorsorglich bereits auf 2,75 % gesenkt. Inzwischen hat die Europäische Zentralbank ihren Leitzins weiter auf 0,25 % gesenkt und eine baldige Erhöhung ausgeschlossen. Dies erschwert es den Unternehmen die kalkulierten Kapitalerträge dauerhaft zu erwirtschaften. In der privaten Krankenversicherung kann der Rechnungszins im Gegensatz zur Lebensversicherung unter bestimmten Voraussetzungen im Rahmen einer Beitragsanpassung auch für bestehende Verträge an-

gepasst werden. Wir werden hier unserer besonderen Verantwortung nachkommen.

• **Kostenentwicklung im Gesundheitswesen**

Die medizinische Inflation wird weiterhin über der Entwicklung des Verbraucherpreisindex liegen und so zu deutlichen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen führen. Von dieser Entwicklung wird auch die PKV nicht verschont bleiben. Die Bedeutung von effizientem Gesundheits- und Leistungsmanagement wird damit ständig größer. Wir werden uns dieser Herausforderung stellen und unsere Aktivitäten deutlich weiter ausbauen.

Für die private Krankenversicherung rechnet der PKV-Verband für 2014 mit einem Anstieg der Beitragseinnahmen um 2,0 %. Für den Bestand in der Krankheitskostenvollversicherung werden keine wesentlichen Wachstumsimpulse erwartet. Das Zusatzversicherungsgeschäft sollte sich dagegen überdurchschnittlich dynamisch entwickeln. Die Entwicklung der Leistungsausgaben wird leicht höher als die Beitragssteigerung ausfallen.

Solvency II

In 2014 konnten mit der Verabschiedung der Omnibus II-Richtlinie sowie zur Frist bezüglich der nationalen Umsetzung und zum Anwendungsbeginn von Solvency II wichtige Einigungen erzielt werden. Zur nationalen Umsetzung einigten sich die Verhandlungsparteien auf eine Umsetzung bis zum 31. März 2015. Angewendet werden soll Solvency II ab dem 1. Januar 2016. Um dem ambitionierten Zeitplan gerecht zu werden, hat die Europäische Kommission mit der Erarbeitung der delegierten Rechtsakte zu Solvency II (früher Ebene 2) begonnen.

Auf europäischer Ebene wurde gleichzeitig seitens der Aufsichtsbehörden ein Konzept erarbeitet, wonach für die Übergangszeit bis zur Einführung von Solvency II vereinzelt Anforderungen, insbesondere zur Säule II (Risikomanagementprozess) und zur Säule III (Berichtswesen) vorzeitig in geltendes, nationales Recht umgewandelt werden. Zu der konkreten Ausgestaltung

der sogenannten Vorbereitungsphase hat die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) am 27. September 2013 entsprechende Leitlinien veröffentlicht. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) empfiehlt allen Versicherungsunternehmen, sich frühzeitig mit den Inhalten der Leitlinien auseinander zu setzen. Zur Strukturierung der Vorbereitungsphase hat die BaFin die Leitlinien der vier Themenbereiche in 15 Themenblöcke gegliedert. Zu jedem Themenblock wird eine BaFin-Verlautbarung mit ergänzenden Erläuterungen und Hinweisen veröffentlicht. Die Veröffentlichung der Verlautbarungen soll in drei Wellen im ersten Halbjahr 2014, im zweiten Halbjahr 2014 und im ersten Halbjahr 2015 erfolgen.

Insgesamt wird die Eigenmittelausstattung und die Fähigkeit der Unternehmen, mit den sich neu ergebenden Pflichten und Herausforderungen im Rahmen der Vorbereitungsphase und von Solvency II selbst umzugehen, eine große Rolle spielen. Zur Vorbereitung auf Solvency II hat die SIGNAL IDUNA Gruppe bereits 2005 ein konzernweites Projekt aufgesetzt. Im Rahmen der Projektarbeiten wurden die Auswirkungen von Solvency II bereits frühzeitig analysiert und werden bereits heute bei wesentlichen strategischen Entscheidungen berücksichtigt.

Die SIGNAL IDUNA Gruppe unterstützt zudem den PKV und den GDV weiterhin bei der Positionierung der Kernanliegen, wonach noch Anpassungen notwendig sind, damit Solvency II umsetzbar, praktikabel und langfristig zielführend ist. Vor diesem Hintergrund schließt sich die SIGNAL IDUNA Gruppe der Forderung nach einer angemessenen Umsetzung von Solvency II in deutsches Recht an und beteiligt sich aktiv an Konsultationen auf nationaler und europäischer Ebene.

Gesamtaussage zur künftigen Entwicklung

Ausgehend von der Entwicklung unserer Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr erwarten wir für das laufende Geschäftsjahr 2014 für die SIGNAL Kranken aufgrund unserer exzellenten Beitragsstabilität nur ein

leichtes Wachstum der gebuchten Beiträge unterhalb der prognostizierten Marktentwicklung. Das Neugeschäft wird leicht steigen und die Abgänge werden weiter zurückgehen. Die Beendigung der Diskussionen um die Bürgerversicherung durch die Bildung der Großen Koalition und unsere ausgezeichneten Produkte werden dazu beitragen. Die Zahlungen für Leistungsfälle werden sich in etwa branchenkonform entwickeln. Unser Versichertenbestand wird, auch befördert durch die staatlich geförderte ergänzende Pflegeversicherung, leicht wachsen. Hinsichtlich des Kapitalanlageergebnisses gehen wir von einer Netto-Rendite auf Vorjahresniveau aus. Die versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote wird erneut gemäß unserer Planung über 10 % betragen. Unsere Eigenkapitalquote wird weiterhin deutlich über dem Marktdurchschnitt liegen.

Schwerpunkte unserer operativen Geschäftstätigkeit in 2014 sind die Fortsetzung unserer Projekte zur Kostensenkung und Effizienzsteigerung sowie die Projekte zur weiteren Integration der Deutscher Ring Kranken in die SIGNAL IDUNA Gruppe und die Erstellung eines Data Warehouse.

Nachdem die gesamte Produktpalette zum Jahresbeginn 2013 auf Unisex umgestellt wurde, wird es in 2014 nur wenige neue ergänzende Produktbausteine in der Teilversicherung geben. Impulse für den Vertrieb erwarten wir aus der staatlich geförderten ergänzenden Pflegeversicherung (gePV) und der betrieblichen Krankenversicherung (bKV).

Jahresabschluss

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2013

Aktivseite

	EUR	EUR	EUR	2013 EUR	2012 TEUR
B. Immaterielle Vermögensgegenstände					
I. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
II. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			9 003 047,08		4 883
III. Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
IV. geleistete Anzahlungen			0,00		0
				9 003 047,08	4 883
C. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			24 497 678,97		25 405
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		0,00			0
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		0,00			0
3. Beteiligungen		448 343 662,76			439 800
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		7 004 783,48			7 013
			455 348 446,24		446 813
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		2 962 362 187,55			2 585 447
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		845 141 230,70			508 105
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		851 897 878,10			728 901
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	5 354 060 195,17				5 362 893
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	3 955 371 377,77				4 162 790
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	0,00				0
d) übrige Ausleihungen	130 094 591,30				130 762
		9 439 526 164,24			9 656 445
5. Einlagen bei Kreditinstituten		432 300 000,00			0
6. Andere Kapitalanlagen		56 765,18			57
			14 531 284 225,77		13 478 955
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft					
			0,00		0
				15 011 130 350,98	13 951 173

Aktivseite

	EUR	EUR	2013 EUR	2012 TEUR
D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice			0,00	0
E. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	15 458 634,25			28 198
2. Versicherungsvermittler	1 594 683,74			2 240
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	0,00			0
		17 053 317,99		30 438
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		0,00		0
III. Wechsel der Zeichner des Gründungsstocks		0,00		0
IV. Sonstige Forderungen		28 530 881,87		41 457
davon:			45 584 199,86	71 895
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 118 692,68 EUR (Vorjahr: 86 TEUR)				
F. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		9 547 847,84		11 151
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		19 416 878,87		264 215
III. Andere Vermögensgegenstände		0,00		57 030
			28 964 726,71	332 396
G. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		233 413 211,61		235 809
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		11 113 753,00		23 508
			244 526 964,61	259 317
H. Aktive latente Steuern			0,00	0
I. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			7 045 427,00	6 615
K. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			0,00	0
Summe der Aktiva			15 346 254 716,24	14 626 279

Gemäß § 73 VAG bestätige ich, dass das eingestellte Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Dortmund, 7. März 2014

Tillmann, Treuhänder für das Sicherungsvermögen

Passivseite

	EUR	EUR	2013 EUR	2012 TEUR
A. Eigenkapital				
I. Eingefordertes Kapital				
Gründungsstock	0,00			0
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	0,00			0
II. Kapitalrücklage		0,00		0
III. Gewinnrücklagen				
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	282 822 000,00			282 822
2. Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	0,00			0
3. satzungsmäßige Rücklagen	0,00			0
4. andere Gewinnrücklagen	221 820 931,00			197 821
IV. Bilanzgewinn		504 642 931,00		480 643
			504 642 931,00	480 643
B. Genusssrechtskapital			0,00	0
C. Nachrangige Verbindlichkeiten			0,00	0
E. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	133 700,00			136
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0
		133 700,00		136
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	12 922 792 433,20			12 303 999
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0
		12 922 792 433,20		12 303 999
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	361 949 299,81			360 670
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0
		361 949 299,81		360 670
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. erfolgsabhängige				
a) Bruttobetrag	1 132 976 385,14			1 092 333
b) davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0
		1 132 976 385,14		1 092 333
2. erfolgsunabhängige				
a) Bruttobetrag	104 189 174,69			103 797
b) davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0
		104 189 174,69		103 797
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	4 200 000,00			3 900
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0
		4 200 000,00		3 900
			14 526 240 992,84	13 864 835

Passivseite

	EUR	EUR	2013 EUR	2012 TEUR
F. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
I. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	0,00			0
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0
		0,00		0
II. Übrige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	0,00			0
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0
		0,00		0
			0,00	0
G. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		195 664 415,00		179 798
II. Steuerrückstellungen		9 000 000,00		10 182
III. Sonstige Rückstellungen		43 167 734,23		33 989
			247 832 149,23	223 969
H. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			0,00	0
I. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern	13 103 320,03			11 820
2. Versicherungsvermittlern	2 826 046,09			4 364
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	0,00			0
		15 929 366,12		16 184
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		628 258,40		691
III. Anleihen			0,00	0
davon: konvertibel 0,00 EUR (Vorjahr: 0 TEUR)				
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			0,00	0
V. Sonstige Verbindlichkeiten		49 549 053,62		38 559
davon:			66 106 678,14	55 434
aus Steuern: 3 214 403,25 EUR (Vorjahr: 3 058 TEUR)				
im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0,00 EUR (Vorjahr: 0 TEUR)				
gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0,00 EUR (Vorjahr: 0 TEUR)				
K. Rechnungsabgrenzungsposten			1 431 965,03	1 398
L. Passive latente Steuern			0,00	0
Summe der Passiva			15 346 254 716,24	14 626 279

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz der SIGNAL Krankenversicherung a. G. für den Schluss des Geschäftsjahres 2013 unter den Posten E. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 12 Abs. 3 Nr. 1 VAG berechnet worden ist. Für eine Mitversicherung wurden die Angaben des Konsortialführers übernommen.

Dortmund, 21. Februar 2014

Dr. Brake, Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

Posten	EUR	EUR	2013 EUR	2012 TEUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	2 064 497 499,02			2 089 912
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	3 220 299,48			3 194
		2 061 277 199,54		2 086 718
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	2 700,00			4
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	0,00			0
		2 700,00		4
			2 061 279 899,54	2 086 722
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			119 255 000,67	100 049
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		7 337 258,92		7 294
davon:				
aus verbundenen Unternehmen:				
0,00 EUR (Vorjahr: 0 TEUR)				
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
davon:				
aus verbundenen Unternehmen:				
0,00 EUR (Vorjahr: 0 TEUR)				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1 725 979,06			1 649
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	587 680 760,88			564 464
		589 406 739,94		566 113
c) Erträge aus Zuschreibungen		3 235 996,78		31 487
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		12 164 759,65		23 250
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnab- führungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		0,00		0
			612 144 755,29	628 144
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			0,00	0
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			15 241 319,67	15 727

Posten

Posten	2013		2012
	EUR	EUR	TEUR
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	1 585 078 464,85		1 539 633
bb) Anteil der Rückversicherer	0,00		0
		1 585 078 464,85	1 539 633
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	1 279 016,74		33 633
bb) Anteil der Rückversicherer	0,00		0
		1 279 016,74	33 633
			1 586 357 481,59
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung			
aa) Bruttobetrag	- 618 793 788,53		- 541 711
bb) Anteil der Rückversicherer	0,00		0
		- 618 793 788,53	- 541 711
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		- 300 000,00	- 2 600
			- 619 093 788,53
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			
a) erfolgsabhängige		247 620 730,22	307 500
b) erfolgsunabhängige		18 273 438,32	22 420
			265 894 168,54
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung			
a) Abschlussaufwendungen	162 849 336,70		175 640
b) Verwaltungsaufwendungen	58 131 758,16		59 120
		220 981 094,86	234 760
c) davon ab:			
Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		0,00	0
			20 981 094,86
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		15 023 039,84	14 186
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		13 327 531,33	46 719
davon:			
außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 277 Abs. 3 Satz 1 HGB: 2 500 000,00 EUR (Vorjahr: 27 322 TEUR)			
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		12 400 443,76	0
d) Aufwendungen aus Verlustübernahme		0,00	0
			40 751 014,93
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			0,00
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			2 808 294,33
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			72 035 132,39
			84 298

Posten

	EUR	2013 EUR	2012 TEUR
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge	131 683 369,61		126 306
davon:			
aus Abzinsung gemäß § 277 Abs. 5 Satz 1 HGB: 0,00 EUR (Vorjahr: 0 TEUR)			
aus Währungskursgewinnen gemäß § 277 Abs. 5 Satz 2 HGB: 0,00 EUR (Vorjahr: 0 TEUR)			
2. Sonstige Aufwendungen	173 135 395,05		160 505
davon:			
aus Aufzinsung gemäß § 277 Abs. 5 Satz 1 HGB: 12 949 896,63 EUR (Vorjahr: 12 575 TEUR)		- 41 452 025,44	- 34 199
aus Währungskursverlusten gemäß § 277 Abs. 5 Satz 2 HGB: 599,34 EUR (Vorjahr: 1 TEUR)			
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		30 583 106,95	50 099
4. Außerordentliche Erträge	0,00		0
5. Außerordentliche Aufwendungen	3 804 752,00		3 805
6. Außerordentliches Ergebnis		- 3 804 752,00	- 3 805
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2 769 381,49		15 908
davon aus Organschaftumlage:			
0,00 EUR (Vorjahr: 0 TEUR)			
8. Sonstige Steuern	8 973,46		386
		2 778 354,95	16 294
9. Erträge aus Verlustübernahme	0,00		0
10. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	0,00		0
		0,00	0
11. Jahresüberschuss		24 000 000,00	30 000
12. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr		0,00	0
13. Entnahmen aus der Kapitalrücklage		0,00	0
14. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	0,00		0
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	0,00		0
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	0,00		0
d) aus anderen Gewinnrücklagen	0,00		0
		0,00	0
15. Entnahmen aus Genussrechtskapital		0,00	0
16. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	0,00		0
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	0,00		0
c) in satzungsmäßige Rücklagen	0,00		0
d) in andere Gewinnrücklagen	24 000 000,00		30 000
		24 000 000,00	30 000
17. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals		0,00	0
18. Bilanzgewinn/Bilanzverlust		0,00	0

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

.....

Der Jahresabschluss wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung aufgestellt.

Um die Übersichtlichkeit bei den Tabellen im Lagebericht und im Anhang zu verbessern, werden die Daten des Jahresabschlusses, die auf einer höher verdichteten Ebene dargestellt werden, jeweils kaufmännisch auf- oder abgerundet.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die hier ausgewiesene EDV-Software ist zu den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und beinhaltet entgeltlich erworbene Software sowie Nutzungs- und Markenrechte. Die linearen Abschreibungen erfolgen planmäßig über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Die Bilanzierung erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert erfolgen bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung.

Beteiligungen

Die Beteiligungen werden mit den Anschaffungskosten angesetzt, die gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip gegebenenfalls um außerplanmäßige Abschreibungen vermindert werden.

Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Die Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den Anschaffungskosten abzüglich geleisteter Tilgungen angesetzt.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Grundsätzlich werden Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere zu Anschaffungskosten bilanziert und unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Von der Möglichkeit des § 341b Abs. 2 zweiter Halbsatz HGB (Bewertung bestimmter Kapitalanlagen nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften) wird für ausgewählte Investmentanteile Gebrauch gemacht. Es handelt sich hierbei um Investmentanteile mit einem Buchwert von 1 134,0 Mio. EUR. Die stillen Lasten in diesem Portfolio betragen 2,4 Mio. EUR; die stillen Reserven betragen 22,4 Mio. EUR. Eine Wertminderung wird als dauerhaft angesehen, wenn der Zeitwert des deklarierten Bestandes in den dem Bilanzstichtag vorangehenden sechs Monaten permanent um mehr als 20 % unter dem Buchwert liegt.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit Kuponzahlungen werden zu Anschaffungskosten bilanziert und unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Zero-Inhaberschuldverschreibungen werden zu Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten zeitanteiligen Zinsforderungen bilanziert und unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Von der Möglichkeit des § 341b Abs. 2 zweiter Halbsatz HGB (Bewertung bestimmter Kapitalanlagen nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften) wird kein Gebrauch gemacht.

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Die Bilanzierung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Unterschiedsbeträge gegenüber dem Nennwert werden mittels Effektivzinsmethode über die

Laufzeit amortisiert. Das Ausfallrisiko bei den Hypotheken wird durch Einzelwertberichtigungen und außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt.

Sonstige Ausleihungen

Bei Anschaffung der Namensschuldverschreibungen werden die Nennwerte aktiviert. Die Unterschiedsbeträge zu den hingegebenen Beträgen werden aktivisch und passivisch abgegrenzt. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert erfolgen bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung.

Bei Schuldscheinforderungen und Darlehen werden die Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt. Das Ausfallrisiko wird durch Einzelwertberichtigungen und außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt.

Bei übrigen Ausleihungen werden die Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt. Das Ausfallrisiko wird durch Einzelwertberichtigungen und außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt.

Die Zero-Namensschuldverschreibungen und Zero-Schuldscheindarlehen werden mit ihren Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten zeitanteiligen Zinsforderungen bilanziert.

Vinkulierte Wertpapiere mit Kuponzahlung werden zu Nennwerten bilanziert. Vinkulierte Zeropapiere werden mit ihren Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten zeitanteiligen Zinsforderungen bilanziert.

Es befinden sich strukturierte Produkte im Bestand. Diese Darlehen und die darin enthaltenen Optionen

oder Verpflichtungen werden einheitlich bilanziert. Die Bewertung erfolgt entsprechend der Bewertung der anderen Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen.

Die Zinserträge aus Genussscheinen werden grundsätzlich phasengleich vereinnahmt. Es erfolgt jedoch aus Vorsichtsgründen bei zwei Kreditinstituten mit insgesamt fünf Genussscheinen keine Abgrenzung der Zinserträge.

Einlagen bei Kreditinstituten

Die Bilanzierung der Festgelder wird zu Nominalwerten vorgenommen.

Andere Kapitalanlagen

Es handelt sich um Genossenschaftsanteile, die zu Anschaffungskosten bilanziert werden.

Forderungen

Bei den zu Nennwerten angesetzten Forderungen werden erkennbare Einzelrisiken durch Abschreibungen bzw. Wertberichtigungen berücksichtigt.

Dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch eine Pauschalwertberichtigung zu Forderungen an Versicherungsnehmer Rechnung getragen. Die Pauschalwertberichtigung wird auf der Basis der tatsächlichen Ausfälle im Geschäftsjahr für Vorjahre berechnet.

Die Forderungen an Vermittler werden einzel- und pauschalwertberichtigt.

Sachanlagen und Vorräte

Sachanlagen werden mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet.

Die Vorräte werden zu Anschaffungskosten bewertet. Für einige Wirtschaftsgüter wird ein Festwert gebildet.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestände werden zum Nennwert bilanziert.

Andere Vermögensgegenstände

Die Bewertung der anderen Vermögensgegenstände erfolgt zum Nennwert.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die noch nicht fälligen Zinsen und sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten werden zeitanteilig, die Agiobeträge aus Namensschuldverschreibungen nach der Effektivzinsmethode ermittelt.

Aktive latente Steuern

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs.1 Satz 2 HGB bilanziell nicht angesetzt wird. Die aktiven latenten Steuern beruhen im Wesentlichen auf temporären Differenzen im Bereich der Investmentanteile und der Pensionsrückstellungen. Bei der Ermittlung der latenten Steuern wird ein Steuersatz von 31,82 % zugrunde gelegt.

Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Wir halten verpfändete Rückdeckungsversicherungen für einen Teil der Pensionsverpflichtungen. Diese werden gemäß § 246 Abs. 2 i. V. m. § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit ihrem Zeitwert bewertet und mit dem korrespondierenden Teil der Pensionsrückstellung verrechnet. Diese Verrechnung erfolgt gemäß IDW Rundschreiben HFA 30 Tz. 34 nur mit den Versorgungsverpflichtungen, zu dessen Erfüllung das Deckungsvermögen dient. Ein entstehender Aktivüberhang ist unter diesem Posten in der Bilanz ausgewiesen. Der Zeitwert der Rückdeckungsversicherung entspricht ihrem Aktivwert.

Beitragsüberträge

Die ausgewiesenen Beitragsüberträge enthalten im Berichtsjahr fällig gewordene, auf das Folgejahr entfallende Beitragsteile. Die Beitragsüberträge werden je Vertrag zeitanteilig ermittelt und unter Berücksichtigung der Inkassoprovisionen passiviert.

Bei der Ermittlung der übertragungsfähigen Beitragsteile wird das Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 30. April 1974 beachtet.

Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wird einzelvertraglich nach der prospektiven Methode gemäß den in den technischen Berechnungsgrundlagen festgelegten Verfahren ermittelt. Für den Altbestand wird der höchstzulässige Rechnungszins von 3,5 % zugrunde gelegt und für den Unisex-Bestand ein Rechnungszins von 2,75 %.

Zum 31. Dezember 2013 sind stornierte Verträge mit einem Übertragungswert im Endbestand der Deckungsrückstellung zu belassen. Der in der Deckungsrückstellung enthaltene Übertragungswert zum 31. Dezember 2013 beträgt 692 763,14 EUR.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung wird gemäß § 341g Abs. 3 HGB in Verbindung mit § 26 Abs. 1 Satz 3 und 4 RechVersV anhand eines Näherungsverfahrens gebildet. Grundlagen sind die bis zum Zeitpunkt der Ermittlung der Rückstellung eingetretenen Aufwendungen für Versicherungsfälle des Vorjahres, die bewertete Anzahl der eingereichten, aber noch nicht bearbeiteten Anträge auf Erstattung sowie die aus den Erfahrungen der letzten 4 Geschäftsjahre bewertete Anzahl der noch zu erwartenden, nicht eingereichten Anträge auf Erstattung.

Die Rückstellung für Regulierungsaufwendungen wird nach den steuerlichen Regelungen berechnet.

Von der Rückstellung abgesetzte Regressforderungen werden auf der Basis von Einzelfeststellungen ermittelt.

Weiterhin werden von der Rückstellung noch erwartete Erstattungsbeträge abgesetzt, die ab 2011 durch das AMRabattG entstehen. Die zu berücksichtigenden Beträge werden sachgerecht geschätzt.

Rückstellungen für Beitragsrückerstattung

Auf die in die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung eingestellten Beträge haben die Mitglieder einen Rechtsanspruch. Die Höhe und Form der Ausschüttung sowie Zeitpunkt und Voraussetzung

der Barausschüttung bestimmt seit der Satzungsänderung vom 26. Juni 2012 der Vorstand.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Hier wird eine Rückstellung für überrechnungsmäßige Abgänge ausgewiesen. Sie ergibt sich aus der Summe der negativen Alterungsrückstellung, bewertet mit einem aus den überrechnungsmäßigen Abgängen des Jahres 2013 abgeleiteten Schätzwert für den erwarteten überrechnungsmäßigen Abgang in 2014. Teil dieser Rückstellung sind Übertragungswertansprüche, die wegen der Verteilung der Abschlusskosten auf die ersten fünf Versicherungsjahre nach § 13a Abs. 2 KalV noch nicht vollständig durch die Alterungsrückstellung gedeckt sind. Diese werden mit einem vom Versicherungsbeginn abhängigen Schätzwert für das Storno bewertet.

Andere Rückstellungen

Pensionsrückstellungen

Für die Bewertung werden als Rechnungsgrundlagen die biometrischen Grundwerte aus den Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck verwendet.

Mit Ausnahme der Pensionszusagen aus Gehalts-umwandlung wird der Erfüllungsbetrag gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit der Projected-Unit-Credit-Methode berechnet und gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit dem korrespondierenden Deckungsvermögen verrechnet. Der Rechnungszinsfuß zum 31. Oktober 2013 beträgt gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB 4,90 %. Darüber hinaus werden folgende Bewertungsparameter bei der Berechnung berücksichtigt:

Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass die Versorgungsberechtigten die Betriebsrente mit dem frühest möglichen Bezug einer Vollrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen. Falls in der Pensionszusage ein früheres Pensionierungsalter vereinbart ist, so wird dieses Pensionierungsalter bei der Bewertung berücksichtigt.

Für die Ausscheideursache Fluktuation wird bei Männern eine Wahrscheinlichkeit von 1,30 % und bei

Frauen von 1,00 % angesetzt. Der Gehaltstrend fließt mit 2,50 % ein. Falls die Pensionszusage eine garantierte Rentenanpassung enthält, wird diese berücksichtigt. Die übrigen Pensionszusagen werden mit einem Rententrend von 2,00 % bewertet.

Für kongruent rückgedeckte Pensionszusagen durch Gehaltsumwandlung wird der Aktivwert der Rückdeckungsversicherung angesetzt.

Das im Jahr 2010 aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) ausgeübte Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 EGHGB, die erforderliche Zuführung zu den Pensionsrückstellungen auf maximal 15 Jahre zu verteilen, wird weiterhin in Anspruch genommen. Im Geschäftsjahr 2013 wird erneut ein Fünftel zugeführt.

Steuerrückstellungen

Die Steuerrückstellungen werden nach ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme ermittelt.

Sonstige Rückstellungen

1. Rückstellungen für KV-Zuschuss

Zur Berechnung der Rückstellungen für den an die Rentner der SIGNAL IDUNA Gruppe zu gewährenden Zuschuss zur privaten Krankenversicherung werden als Rechnungsgrundlagen die biometrischen Grundwerte aus den Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck verwendet. In Anlehnung an die Berechnung der Pensionsrückstellungen wird die Projected-Unit-Credit-Methode angewandt. Die Bewertungsparameter entsprechen ebenfalls den unter Pensionsrückstellungen genannten, ergänzt um einen Kostentrend von 3,00 %.

Das im Jahr 2010 aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) ausgeübte Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 EGHGB, die erforderliche Zuführung zu der Rückstellung für den KV-Zuschuss auf maximal 15 Jahre zu verteilen, wird weiterhin in Anspruch genommen. Im Geschäftsjahr 2013 wird erneut ein Fünftel zugeführt.

2. Rückstellungen für Jubiläumsgeldzusagen

Die Bewertung der Rückstellungen für Jubiläumsgeldzusagen erfolgt nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB analog zur Pensionsrückstellungsermittlung. Als Rechnungsgrundlagen werden die biometrischen Grundwerte aus den Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck verwendet. Der Bewertung liegt der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte Rechnungszins mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren zugrunde. Zum 31. Oktober 2013 beträgt dieser 4,57 %. Die übrigen Bewertungsparameter entsprechen den unter Pensionsrückstellungen genannten.

3. Rückstellungen für Altersteilzeit

Die Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeit erfolgt nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB. Als Rechnungsgrundlagen werden die biometrischen Grundwerte aus den Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck verwendet. Dabei ergibt sich der Erfüllungsbetrag aufgrund der versicherungsmathematisch diskontieren Gehaltszahlungen in der Freistellungsphase. Die Rückstellung beinhaltet außerdem den Arbeitgeberbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung sowie den tariflichen Aufstockungsbetrag. Als Rechnungszins wird der von der Deutschen Bundesbank herausgegebene Zins mit einer Restlaufzeit von 3 Jahren angewandt. Dieser liegt zum 31. Oktober 2013 bei 3,65 %.

Zur Insolvenzsicherung der Wertguthaben aus Altersteilzeitverpflichtungen gem. § 8a Altersteilzeitgesetz halten wir verpfändete Kontokorrentkonten. Diese sind gemäß § 246 Abs. 2 i. V. m. § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit ihrem Zeitwert bewertet und mit dem Teil der Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen verrechnet, der sich auf den Erfüllungsrückstand bezieht.

4. Übrige Rückstellungen

Die übrigen Rückstellungen werden nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt und – soweit die Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen – gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die Passivierung wird mit den Erfüllungsbeträgen vorgenommen.

Alle Verbindlichkeiten – mit Ausnahme der Verbindlichkeit gegenüber der ASSET GmbH für eine Kaufpreisanpassung bei vollständiger Rückführung der erworbenen Darlehen – haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr. Die Verbindlichkeit gegenüber der ASSET GmbH beläuft sich auf 2,0 Mio. EUR und hat eine Laufzeit von mehr als fünf Jahren.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Vorausgezahlte Zinsen und Mieten werden zeitanteilig, Disagioträge aus Namensschuldverschreibungen werden nach der Effektivzinsmethode ermittelt.

Passive latente Steuern

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB bilanziell nicht angesetzt wird.

Währungsumrechnung

Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sowie die dazugehörenden Erträge und Aufwendungen, die in ausländischer Währung geführt werden, werden zum EURO-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank des Bilanzstichtages in EUR umgerechnet.

Entwicklung der Aktivposten B, C I bis III im Geschäftsjahr 2013

Aktivposten	BILANZWERTE VORJAHR TEUR	ZUGÄNGE TEUR
B. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	0	0
2. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	4 883	7 349
3. Geschäfts- oder Firmenwert	0	0
4. geleistete Anzahlungen	0	0
5. Summe B.	4 883	7 349
C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	25 405	37
C II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0	0
3. Beteiligungen	439 800	11 378
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7.013	0
5. Summe C II.	446 813	11 378
C III. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2 585 447	632 234
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	508 105	404 952
3. Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen	728 901	162 522
4. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	5 362 893	222 635
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	4 162 790	87 672
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	0	0
d) übrige Ausleihungen	130 762	20 000
5. Einlagen bei Kreditinstituten	0	432 300
6. Andere Kapitalanlagen	57	0
7. Summe C III.	13 478 955	1 962 315
insgesamt	13 956 056	1 981 079

	UMBUCHUNGEN	ABGÄNGE	ZUSCHREIBUNGEN	ABSCHREIBUNGEN	BILANZWERTE GESCHÄFTSJAHR
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
	0	0	0	0	0
	0	0	0	3 229	9 003
	0	0	0	0	0
	0	0	0	0	0
	0	0	0	3 229	9 003
	0	0	0	944	24 498
	0	0	0	0	0
	0	0	0	0	0
	0	335	0	2 500	448 343
	0	8	0	0	7 005
	0	343	0	2 500	455 348
	0	247 566	2 117	9 871	2 962 361
	0	67 916	0	0	845 141
	0	39 516	3	13	851 897
	0	231 468	0	0	5 354 060
	0	295 089	0	0	3 955 373
	0	0	0	0	0
	0	21 783	1 116	0	130 095
	0	0	0	0	432 300
	0	0	0	0	57
	0	903 338	3 236	9 884	14 531 284
	0	903 681	3 236	16 557	15 020 133

Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktivseite	ZEITWERTE GESCHÄFTSJAHR EUR	ZEITWERTE VORJAHR EUR
Angabe zu Zeitwerten nach §§ 54 bis 56 RechVersV		
C. Kapitalanlagen		
C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	25 872 800,00	25 932 800,00
C II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00
3. Beteiligungen	640 952 555,32	626 511 214,17
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7 004 783,48	7 012 566,27
5. Summe C II.	647 957 338,80	633 523 780,44
C III. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3 070 061 963,00	2 634 877 320,67
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	897 071 930,00	589 114 897,00
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	953 751 083,37	860 573 914,91
4. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	6 210 039 073,76	6 512 032 870,49
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	4 349 081 441,64	4 691 096 281,54
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	0,00	0,00
d) übrige Ausleihungen	127 154 792,78	123 621 777,10
5. Einlagen bei Kreditinstituten	432 300 000,00	0,00
6. Andere Kapitalanlagen	56 765,18	56 765,18
7. Summe C III.	16 039 517 049,73	15 411 373 826,89
insgesamt	16 713 347 188,53	16 070 830 407,33

C. Kapitalanlagen

Bei Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken erfolgt die Ermittlung der Zeitwerte jährlich auf Basis des jeweiligen Ertragswertes in Anlehnung an die aktuelle Immobilienwertermittlungsverordnung.

Die Zeitwertermittlung der Anteile an Beteiligungen erfolgt je nach Art der Beteiligung in der Regel nach dem Ertragswertverfahren, nach der Equity-Methode, auf Basis des Net Asset Values, anhand des Börsenkurses oder auf Basis des Fair Market Values. Sofern keine genaueren Werte festgestellt werden können,

werden die Buchwerte angesetzt. Bei drei Beteiligungen an nicht notierten Aktiengesellschaften erfolgte die Zeitwertermittlung auf Basis des von den jeweiligen Unternehmen bekanntgegebenen Aktienkurses.

Eine Beteiligung wurde im Geschäftsjahr auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben.

Für Ausleihungen an Beteiligungen werden die Zeitwerte mittels der Discounted Cash Flow-Methode ermittelt.

Für börsennotierte Kapitalanlagen werden die Kurswerte zum Abschlussstichtag zugrunde gelegt. Invest-

mentanteile werden mit den von den Fondsgesellschaften mitgeteilten Rücknahmekursen angesetzt.

Sowohl für die zum Nennwert bilanzierten Namensschuldverschreibungen als auch für die zu Anschaffungskosten bilanzierten Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, übrigen Ausleihungen sowie die nicht notierten Zero-Schuldscheinforderungen und Zero-Namensschuldverschreibungen werden die Zeitwerte mittels der Discounted Cash Flow-Methode ermittelt.

Bei den zu Anschaffungskosten und Nennwerten bilanzierten Titeln befinden sich einzelne Anlagen mit negativen Bewertungsreserven. Einzelne Hypothekendarlehen wurden wertberichtigt. Weitere Forderungsausfälle, die zu einer dauerhaften Wertminderung führen, werden nicht erwartet.

Die Zeitwerte der zum Nennwert bilanzierten Einlagen bei Kreditinstituten und anderen Kapitalanlagen entsprechen jeweils den fortgeführten Anschaffungskosten.

Derivative Finanzinstrumente

Art und Umfang sowie beizulegender Zeitwert (§ 285 Satz 1 Nr. 19 HGB)

Im Bestand befinden sich strukturierte Produkte mit Optionscharakter im Buchwert von 798 995 184,87 EUR (Vorjahr: 658 426 285,63 EUR); ihr Zeitwert beträgt 823 816 384,49 EUR (Vorjahr: 749 256 601,06 EUR). Der Bestand an einfach strukturierten Produkten weist einen Buchwert von 15 000 000,00 EUR (Vorjahr: 15 000 000,00 EUR) aus; ihr Zeitwert beträgt 15 921 000,00 EUR (Vorjahr: 14 901 973,50 EUR).

Die angegebenen Buch- und Zeitwerte beziehen sich jeweils auf das gesamte strukturierte Produkt.

Bei der Ermittlung der Zeitwerte werden an Finanzmärkten gängige Bewertungsverfahren eingesetzt.

Im Vorjahr befand sich ein ABS-Papier im Bestand, das im Geschäftsjahr 2013 veräußert wurde. Aufgrund

der problematischen Marktbedingungen in den letzten Jahren hatte sich die Risikotragfähigkeit des Papiers verschlechtert, wurde jedoch durch Kauf von Subordinationserhöhung wieder angehoben. Der dadurch entstandene Aufwand wurde ratierlich über die Laufzeit der Anlagen verteilt. Im Zuge der Veräußerung wurde dieser Restaufwand in voller Höhe erfolgswirksam.

Zu den einzelnen Positionen vermerken wir ergänzend folgendes:

	2013 EUR	2012 EUR
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		
	24 497 678,97	25 405 322,69
Der Bilanzwert der im Rahmen unserer Tätigkeit genutzten eigenen Grundstücke und Bauten beträgt 4 603 833,08 EUR (Vorjahr: 535 149,35 EUR)		
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
3. Beteiligungen	448 343 662,76	439 800 563,89

	ANTEIL AM KAPITAL %	EIGENKAPITAL EUR	JAHRESERGEBNIS EUR
SIGNAL IDUNA Online GmbH, Hamburg	40,00	7 408 765	–
SIGNAL IDUNA Select Invest GmbH, Hamburg	40,00	712 118 352	41 643 506
Grundeigentümer - Interessengemeinschaft City Nord, Hamburg*	20,00	48 263	–
Hotel Park Soltau GmbH, Soltau	50,00	294 813	154 155
National-Bank Aktiengesellschaft, Essen	26,38	311 538 909	19 537 000
SIGNAL IDUNA Beteiligungsgesellschaft für Bürgschaftsbanken und Kreditgarantie-gemeinschaften mbH, Hamburg	25,78	3 788 877	1 054

* Angaben 2012

	BUCHWERT 31. DEZEMBER 2013 EUR	MARKTWERT 31. DEZEMBER 2013 EUR	BEWERTUNGS- RESERVE EUR	AUSSCHÜTTUNG 2013 EUR
III. 1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Angaben zu den Investmentanteilen nach § 285 Nr. 26 HGB)				
Art des Fonds / Anlageziel				
gemischte Fonds				
HANSAspezial 22	799 355 718,65	821 734 504,36	22 378 785,71	24 333 830,64
HANSAspezial 35	334 650 537,40	332 299 533,28	– 2 351 004,12	7 605 878,65
HANSAcare 1	593 568 139,44	643 697 852,46	50 129 713,02	13 837 039,20
HANSA TuB	162 500 354,05	167 893 708,00	5 393 353,95	5 531 186,99
HANSA BoT	125 000 005,06	128 863 152,94	3 863 147,88	0,00
Immobilienfonds				
HANSAimmobilia	5 649 985,96	5 649 985,96	0,00	2 533 485,10
IVG Kavernenfonds	114 680 470,37	140 492 226,00	25 811 755,63	7 484 958,00
HI Wohnen Core 2	49 999 994,47	52 470 581,40	2 470 586,93	2 128 833,24
HANSAreal2	602 202 951,00	602 202 951,00	0,00	20 533 484,98
American Fund OIK	28 152 589,40	28 152 589,40	0,00	388 699,35
SIGNAL Versicherungen Immobilien Fonds	144 720 334,38	144 720 334,38	0,00	5 099 093,84
	2 960 481 080,18	3 068 177 419,18	107 696 339,00	89 476 489,99

Die oben aufgeführten Fonds können börsentäglich zurückgegeben werden. Einzahlungsverpflichtungen lagen im Geschäftsjahr nicht vor. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich nach dem strengen Niederstwertprinzip. Die Fonds HANSAspezial 22 und HANSAspezial 35 sind gem. der Möglichkeit des § 341b Abs. 2 zweiter Halbsatz HGB dem Anlagevermögen zugeordnet.

Der HANSAspezial 22 weist zum Bilanzstichtag keine stillen Lasten aus. Die Wertunterschreitung des Buchwertes bei HANSAspezial 35 betrug gemäß dem gewählten Aufgreifkriterium zu keinem Zeitpunkt weniger als 20 % des Durchschnittskurses der letzten 6 Monate

vor dem Bilanzstichtag. Die Wertminderung wird somit nicht als dauerhaft angesehen.

Anteile an Investmentfonds dienen in erster Linie der Erzielung einer überdurchschnittlichen Wertsteigerung und bilden somit einen wichtigen Bestandteil zur Erzielung einer wettbewerbsfähigen Rendite.

Die nach Anwendung des § 341b Abs. 2 HGB wie Anlagevermögen bewerteten Spezialfonds hingegen sind primär auf die Erwirtschaftung von laufenden Erträgen ausgerichtet und tragen zur Erreichung der der passivseitigen Zinserfordernis bei.

	2013 EUR	2012 EUR
III. 4. d) übrige Ausleihungen		
Namensgenussscheine	129 909 855,56	130 306 369,95
Mitarbeiter- und sonstige Darlehen	184 735,74	455 709,31
	<u>130 094 591,30</u>	<u>130 762 079,26</u>
F. Sonstige Vermögensgegenstände		
III. Andere Vermögensgegenstände		
Mitgliederanleihe INDUNA Leben	0,00	57 030 000,00
G. Rechnungsabgrenzungsposten		
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		
Aufgelder für Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Namensgenussscheine	9 998 428,36	22 523 097,65
vorausgezahlte Wartungskosten	117 405,34	30 263,11
vorausgezahlte Mieten	888 749,72	750 384,51
vorausgezahlte Werbungskosten	29 628,08	80 823,00
Sonstige	79 541,50	123 663,11
	<u>11 113 753,00</u>	<u>23 508 231,38</u>
I. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung		
1. Pensionsrückstellung		
Zeitwert des Deckungsvermögens am 31. Dezember	17 643 608,00	16 641 386,00
dazu korrespondierende zu saldierende Erfüllungsbeträge aus der Pensionsrückstellung	10 598 181,00	10 025 973,00
Aktivischer Überhang am 31. Dezember Geschäftsjahr	<u>7 045 427,00</u>	<u>6 615 413,00</u>

Passivseite

	2013 EUR	2012 EUR
A. Eigenkapital		
III. Gewinnrücklagen		
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		
Stand am 1. Januar	282 822 000,00	282 822 000,00
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	0,00	0,00
Stand am 31. Dezember	<u>282 822 000,00</u>	<u>282 822 000,00</u>
4. andere Gewinnrücklagen		
Stand am 1. Januar	197 820 931,00	167 820 931,00
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	24 000 000,00	30 000 000,00
Stand am 31. Dezember	<u>221 820 931,00</u>	<u>197 820 931,00</u>
	<u>504 642 931,00</u>	<u>480 642 931,00</u>
E. Versicherungstechnische Rückstellungen		
III. Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		
Von der Rückstellung wurden Forderungen aus Regressen in Höhe von 2 804 202,19 EUR (Vorjahr: 3 134 214,04 EUR) und Phamarabatte in Höhe von 989 184,00 EUR (Vorjahr: 1 051 000,00 EUR) abgesetzt.	<u>361 949 299,81</u>	<u>360 670 283,07</u>
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	<u>1 237 165 559,83</u>	<u>1 196 129 563,66</u>

Erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung

Gemäss den bisher vom Vorstand gefassten Beschlüssen über die Ansprüche auf erfolgsabhängige Beitrags-

rückerstattung wird, sofern der Anspruch nach den Tarifbedingungen gegeben ist, den versicherten Personen folgende Beitragsrückerstattung gewährt:

TARIF-GRUPPE	TARIFE DER TARIFGRUPPE	LEISTUNGS-FREIHEIT	BARAUSSCHÜTTUNG IN 2013, 2014, 2015 UND 2016
1	A100/SB1-4, GA, A, AB, VIII, KTS (inklusive der zugehörigen Ausbildungstarife – mit Ausnahme der zu Tarifgruppe 5 gehörenden Tarife)	3 Jahre	2,5/12
		2 Jahre	2,0/12
		1 Jahr	1,5/12
2	AS100, BAS100, AZ1, AZ2, BA, GA100, GA/SB, GA90, GA80, GA (70-10), GAP (inkl. der zugehörigen Ausbildungstarife – mit Ausnahme der zu Tarifgruppe 5 gehörenden Tarife)	3 Jahre	3,0/12
		2 Jahre	2,5/12
		1 Jahr	2,0/12
3	BSB, BSS, BO, NO, ASZ/SB30, STN*, STB* (inkl. der zugehörigen Ausbildungstarife – mit Ausnahme der zu Tarifgruppe 6 gehörenden Tarife) * STN, STB: nur für Barausschüttung 2013	3 Jahre	1,5/12
		2 Jahre	1,25/12
		1 Jahr	1,0/12
4	NO1, VO, KK1, KK2, KS1, KS2, ASZ/SB10-25, GR1, GR2, BS-D, BSB-D, AD (inkl. der zugehörigen Ausbildungstarife)	3 Jahre	3,0/12
		2 Jahre	2,0/12
		1 Jahr	1,0/12
5	R-AB, R-BA, R-BA0, BA-GA (70-10), R-BA0-A, R-BA0-S	3 Jahre	6,0/12
		2 Jahre	6,0/12
		1 Jahr	6,0/12
6	R-BO, R-START-B, R-KOMFORT-B, R-EXKLUSIV-B	3 Jahre	4,0/12
		2 Jahre	4,0/12
		1 Jahr	4,0/12
7	BA0	3 Jahre	5,0/12
		2 Jahre	4,0/12
		1 Jahr	3,0/12
8	KK-PLUS, OK, OS, START, START-PLUS, KOMFORT, KOMFORT-PLUS, EXKLUSIV, EXKLUSIV-PLUS (inkl. der zugehörigen Ausbildungstarife), START-B, KOMFPRT-B, EXKLUSIV B	3 Jahre	3,0/12
		2 Jahre	3,0/12
		1 Jahr	3,0/12

Wir wollen dieses Modell der Überschussbeteiligung grundsätzlich beibehalten.

Sind in einem der o. g. Grundtarife „Besondere Bedingungen zur privaten Beitragsentlastung (peB)“ abgeschlossen, so erstreckt sich die o. g. Barausschüttung auch auf die diesbezüglich gezahlten zusätzlichen Beiträge.

Gibt es einen Tarif sowohl in einer geschlechtsabhängigen als auch in einer geschlechtsunabhängigen Variante, so gilt die Barausschüttung in gleicher Höhe für beide Varianten.

Zusätzlich wird für den Tarif Ambulant TOP(pur) (Einführung 1. Januar 2014), wenn die Berechtigung bedingungsgemäss gegeben war, bis zum Jahr 2016 eine BRE in Höhe von 3/12 des gezahlten Beitrages gewährt.

Darüber hinaus werden im Jahr 2014 Barausschüttungen in der Pflegepflichtversicherung vorgenommen, die unabhängig von der Inanspruchnahme einer Leistung gewährt werden.

Ferner ist beabsichtigt, wieder Mittel zur Milderung notwendiger Beitragserhöhungen zur Verfügung zu stellen, die schwerpunktmässig den älteren Versicherten zugute kommen.

Zerlegung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung und Betrag nach § 12a des Versicherungsaufsichtsgesetzes

	Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung		Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	
	2013 EUR	Poolrelevante Rückstellung für Beitragsrückerstattung aus der Pflegepflichtversicherung 2013 EUR	Betrag nach § 12a Abs. 3 des Versicherungsaufsichtsgesetzes 2013 EUR	Sonstiges 2013 EUR
1. Bilanzwerte 1. Januar	1 092 332 915,15	60 454 268,21	35 066 700,30	8 275 680,00
2. Entnahme zur Verrechnung	108 780 899,82	0,00	10 474 100,85	0,00
3. Entnahme zur Barausschüttung	98 196 360,41	0,00	0,00	7 406 811,29
4. Zuführung*	247 620 730,22	0,00	9 246 207,03	9 027 231,29
5. Bilanzwerte 31. Dezember	1 132 976 385,14	60 454 268,21	33 838 806,48	9 896 100,00
6. Gesamter Betrag nach § 12a des Versicherungsaufsichtsgesetzes				40 527 240,38
	2012 EUR	2012 EUR	2012 EUR	2012 EUR
1. Bilanzwerte 1. Januar	963 881 349,66	79 708 793,78	23 526 736,23	41 100,00
2. Entnahme zur Verrechnung	78 173 610,96	19 200 461,13	2 674 973,03	0,00
3. Entnahme zur Barausschüttung	100 874 398,30	0,00	0,00	25 075,79
4. Zuführung	307 499 574,75	– 54 064,44	14 214 937,10	8 259 655,79
5. Bilanzwerte 31. Dezember	1 092 332 915,15	60 454 268,21	35 066 700,30	8 275 680,00
6. Gesamter Betrag nach § 12a des Versicherungsaufsichtsgesetzes				57 377 164,85

* Gemäß der Änderung des Poolvertrags wurde die poolrelevante Zuführung für die Pflegepflichtversicherung in der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung reserviert.

	2013 EUR	2012 EUR
G. Andere Rückstellungen		
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Rückstellungen		
Pensionsrückstellung		
Rückstellung vor Saldierung	206 262 596,00	189 824 441,00
davon mit Deckungsvermögen verrechnungsfähig	– 10 598 181,00	– 10 025 973,00
verbleibende Rückstellung	<u>195 664 415,00</u>	<u>179 798 468,00</u>
II. Steuerrückstellungen		
Körperschaftsteuer / Gewerbesteuer	9 000 000,00	10 182 000,00
III. Sonstige Rückstellungen		
Altersteilzeitverpflichtungen		
Rückstellung vor Saldierung	3 765 007,00	5 532 617,00
davon mit Deckungsvermögen verrechnungsfähig	– 2 900 071,48	– 2 900 071,48
verbleibende Rückstellung	<u>864 935,52</u>	<u>2 632 545,52</u>
Zuschüsse zur Privaten Krankenversicherung noch nicht gutgeschriebene Erfolgsvergütungen, Beteiligungsprovisionen und Wettbewerbe	20 251 520,00	10 160 141,00
Jubiläumsgeldzusagen	6 781 250,00	6 137 260,00
sonstige Verpflichtungen aus dem Personalbereich	5 846 800,00	5 610 612,00
Urlaubsverpflichtungen	4 372 500,00	4 358 000,00
Lieferungen und Leistungen	3 224 200,00	3 174 500,00
Jahresabschlusskosten	1 457 428,71	1 214 153,41
Aufbewahrungskosten	344 100,00	292 500,00
Prozesskosten	25 000,00	40 000,00
	0,00	369 371,68
	<u>43 167 734,23</u>	<u>33 989 083,61</u>
K. Rechnungsabgrenzungsposten		
Disagioträge auf Kapitalanlagen	1 410 368,39	1 380 494,48
vorausgezahlte Mieten	18 897,41	14 191,03
vorausgezahlte Zinsen	2 699,23	3 078,31
	<u>1 431 965,03</u>	<u>1 397 763,82</u>

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

Erläuterungen gemäß Paragraph 51 Abs. 4 Nr. 4 RechVersV	2013 EUR	2012 EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung		
Gebuchte Bruttobeiträge aus dem selbst abgeschlossenen Geschäft		
untergliedert nach		
– Einzelversicherungen	2 035 690 372,53	2 061 158 516,89
– Gruppenversicherungen	28 806 751,49	28 753 257,58
	2 064 497 124,02	2 089 911 774,47
– laufenden Beiträgen	2 064 201 414,03	2 089 608 362,19
– Einmalbeiträgen	295 709,99	303 412,28
	2 064 497 124,02	2 089 911 774,47
Aufteilung nach Versicherungsarten		
Krankheitskostenvollversicherungen	1 482 868 994,66	1 506 611 592,37
Krankentagegeldversicherungen	50 101 792,27	50 961 442,47
selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	47 492 524,45	49 718 881,72
sonstige selbständige Teilversicherungen	340 207 048,40	348 671 359,11
Pflegepflichtversicherungen	121 476 108,56	118 251 145,41
– davon GPV*	(9 856 858,17)	(9 324 185,88)
Ergänzende Pflegezusatzversicherungen	16 753 786,04	14 486 202,15
Geförderte Pflegevorsorgeversicherung	4 532 326,34	0,00
Auslandsreisekrankenversicherungen	1 064 543,30	1 211 151,24
	2 064 497 124,02	2 089 911 774,47
davon Beitragszuschlag nach § 12 Abs. 4a VAG	46 399 548,43	48 223 445,39
Gebuchte Bruttobeiträge aus dem übernommenen Versicherungsgeschäft	375,00	364,00
I. 1. a) Gebuchte Bruttobeiträge	2 064 497 499,02	2 089 912 138,47

* Gemeinschaft privater Versicherungsunternehmen zur Durchführung der privaten Pflegeversicherung für Mitglieder der Postbeamtenkasse und der Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten

	2013 EUR	2012 EUR
Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung		
untergliedert nach		
– Einzelversicherungen	104 604 487,17	77 956 709,75
– Gruppenversicherungen	4 176 412,65	216 901,21
	108 780 899,82	78 173 610,96
Aufteilung nach Versicherungsarten		
Krankheitskostenvollversicherung	93 113 742,71	64 520 098,86
Krankentagegeldversicherung	978 094,54	13 582 899,07
Krankenhaustagegeldversicherung	0,00	0,00
Krankheitskostenteilversicherung	14 689 062,57	70 613,03
	108 780 899,82	78 173 610,96
Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für die erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	10 474 100,85	21 875 434,16
	119 255 000,67	100 049 045,12
1.2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung		
In Rückdeckung gegebenes Krankenversicherungsgeschäft		
Der Rückversicherungssaldo beträgt:	– 3 220 299,48	– 3 193 501,84
(– = zugunsten der Rückversicherer)		

	2013	2012
Anzahl der versicherten natürlichen Personen¹		
Aufteilung (ohne Auslandsreisekrankenversicherung) nach		
– Vollversicherung	477 298	475 417
– Ergänzungsversicherung	1 491 238	1 498 693
	1 968 536	1 974 110
Aufteilung nach Versicherungsarten		
Krankheitskostenvollversicherung	477 298	475 417
Krankentagegeldversicherung	141 425	141 508
selbständige Krankenhaustagegeldversicherung	724 897	740 854
sonstige selbständige Teilversicherungen	1 062 002	1 074 721
Pflegepflichtversicherung (einschl. GPV)	513 190	513 208
Ergänzende Pflegezusatzversicherungen	121 858	115 599
Geförderte Pflegevorsorgeversicherung	26 152	0
Auslandsreisekrankenversicherung	53 000	57 398

¹ Zählweise gem. Kennzahlenkatalog des PKV-Verbands. Bedingt durch Mehrfachnennung natürlicher Personen in den einzelnen Rubriken ist die tatsächliche Anzahl versicherter Personen niedriger als die Summe über die Versicherungsarten.

	2013 EUR	2012 EUR
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung		
Der Ausweis betrifft hauptsächlich den Poolausgleich	15 241 319,67	15 727 021,27
– davon übernommene Übertragungswerte	(8 524 936,48)	(8 442 408,96)
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung		
– davon abgegebene Übertragungswerte	(2 296 195,64)	(2 824 964,26)

	2013 EUR	2012 EUR
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
6. Außerordentliches Ergebnis		
Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
Außerordentliche Aufwendungen	– 3 804 752,00	– 3 804 752,00
	– 3 804 752,00	– 3 804 752,00

Das außerordentliche Ergebnis beinhaltet im Geschäftsjahr 2013 den Mindestzuführungsbetrag zu den Pensionstrückstellungen sowie der Rückstellung für Zuschüsse zur privaten Krankenversicherung.

7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		
für Vorjahre	– 7 623 844,38	– 4 325 195,97
für das Geschäftsjahr	10 393 225,87	20 232 828,62
	2 769 381,49	15 907 632,65

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen ausschließlich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen

	2013 EUR	2012 EUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	99 680 992,53	125 573 165,91
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	6 033 403,22	4 872 348,14
3. Löhne und Gehälter	148 946 808,27	147 143 784,82
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	24 523 637,17	23 604 597,14
5. Aufwendungen für Altersversorgung	16 954 446,19	5 933 516,34
6. Aufwendungen insgesamt	296 139 287,38	307 127 412,35

Sonstige Angaben

Gesamtbezüge des Vorstandes und des Aufsichtsrates, gewährte Kredite

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstandes für das Geschäftsjahr beliefen sich auf 1 868 455,82 EUR (Vorjahr: 1 750 373,01 EUR). Ehemalige Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen erhielten vom Unternehmen 944 861,67 EUR (Vorjahr: 924 284,02 EUR). Die Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Mitgliedern des Vorstandes und ihren Hinterbliebenen betragen 13 737 099,00 EUR (Vorjahr: 11 792 517,00 EUR).

An Mitglieder des Vorstands wurden keine Kredite gewährt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten für ihre Tätigkeit 525 488,56 EUR (Vorjahr: 419 306,42 EUR).

Mitgliedern des Aufsichtsrates haben wir Hypothekendarlehen in Höhe von 91 917,94 EUR (Neugewährungen 2013: 0,00 EUR, Tilgungen 2013: 242 885,09 EUR) gewährt. Die Darlehen sind effektiv mit 4,59 % bzw. 4,70 % zu verzinsen. Die festgeschriebenen Restlaufzeiten betragen 1 – 5 Jahre.

Gesamthonorar Abschlussprüfer

Das für das Geschäftsjahr von dem Abschlussprüfer berechnete Gesamthonorar gemäß § 285 Nr. 17 HGB stellt sich aufgeschlüsselt wie folgt dar:

	EUR
– Abschlussprüfungsleistungen	162 313,47
– andere Bestätigungsleistungen	0,00
– Steuerberatungsleistungen	0,00
– sonstige Leistungen	92 233,36

Mitarbeiter

Wir beschäftigen im Durchschnitt 2 496 (Vorjahr: 2 412) angestellte Mitarbeiter im Innen- und Außendienst. Von den Innen- und Außendienstmitarbeitern haben 881 (Vorjahr: 1 292) einen Einzelarbeitsvertrag.

In der SIGNAL IDUNA Gruppe betrug in 2013 die durchschnittliche Anzahl der angestellten Innen- und Außendienstmitarbeiter 8 891 (Vorjahr: 9 150). Außerdem waren 4 006 (Vorjahr: 4 111) selbstständige Ausschließlichkeitsagenturen tätig.

Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den von ihnen gewählten Gremien sowie allen anderen für uns tätigen Personen für die gute Arbeit, die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistet wurde. Wir hoffen und wünschen, dass die Grundgedanken unseres Unternehmensleitbildes im Interesse unserer Kunden weiter konsequent gelebt und umgesetzt werden.

Zum Personalaufwand verweisen wir auf die Seite 58 „Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen“.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die nicht bilanzierten Pensionen und pensionsähnlichen Verpflichtungen von vor 1987 gemäß Artikel 28 Abs. 1 EGHGB betragen 14,9 Mio. EUR (Vorjahr: 22,0 Mio. EUR).

Die nach BilMoG neu bewerteten und aufgrund des Verteilungswahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 EGHGB noch nicht in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen für Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen betragen 42,0 Mio. EUR (Vorjahr: 45,8 Mio. EUR).

Für unser Unternehmen besteht gemäß § 124 VAG die Pflichtmitgliedschaft an einem Sicherungsfonds. Im Eintrittsfall erhebt der Sicherungsfonds zur Erfüllung seiner Aufgaben Sonderbeiträge bis zur Höhe von max. zwei Promille der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen. Danach ergäbe sich eine max. Zahlungsverpflichtung von 29,1 Mio. EUR (Vorjahr: 27,7 Mio. EUR).

Für eine Inanspruchnahme liegen keine Anhaltspunkte vor.

Weiterhin bestehen Andienungsrechte der Emittenten aus Multitranchen in Höhe von 316,0 Mio. EUR (Vorjahr: 41,0 Mio. EUR).

Bei Hypothekendarlehen bestehen zum Bilanzstichtag noch offene Auszahlungsverpflichtungen an Darlehensnehmer aus unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 111,1 Mio. EUR (Vorjahr: 150,9 Mio. EUR). Wir gehen davon aus, dass diese kurzfristig in Anspruch genommen werden.

Die übrigen sonstigen Verpflichtungen belaufen sich auf insgesamt 4,7 Mio. EUR.

Transaktionen mit nahestehenden Personen

Im Berichtszeitraum wurden mit nahestehenden Unternehmen und Personen keine marktunüblichen Geschäfte im Sinne des § 285 Satz 1 Nr. 21 HGB getätigt.

Angaben zu ausschüttungsgesperren Beträgen

Ausschüttungsgesperrte Beträge im Sinne des § 268 Abs. 8 HGB sind nicht angefallen.

Organe

Mitgliedervertretung

Ing. Hans Albrecht
Geschäftsführer,
Hans Albrecht Handelsvertretung
für Sanitärerzeugnisse
Schwerin

Horst Amstätter
Tischlermeister
Emden

Harald Becken
Bezirksschornsteinfegermeister
Marpingen

Friedrich G. Conzen
Kaufmann
Düsseldorf

Ass. Peter Deckers
Hauptgeschäftsführer,
Handwerkskammer Aachen
Heinsberg
seit 27. Juni 2013

Dipl.-Kfm. Walter Derwald
Geschäftsführer,
Derwald GmbH & Co. KG
Dortmund

Albrecht Diem
Einzelhandelskaufmann
Calw

Andreas Ehlert
Bezirksschornsteinfegermeister
Düsseldorf

Dipl.-jur. Dagmar Ehnert
Hauptgeschäftsführerin,
Handwerkskammer Leipzig
Leipzig
seit 27. Juni 2013

Dr. Joachim Eisert
Hauptgeschäftsführer,
Handwerkskammer Reutlingen
Bad Ditzgenbach

Dipl.-Kfm. Jans-Paul Ernsting
Hauptgeschäftsführer,
Handwerkskammer Hannover
Hannover

Elmar Esser
Hauptgeschäftsführer,
Zentralverband Sanitär Heizung Klima
Köln

Martin Eul
Vorstandsvorsitzender,
Dortmunder Volksbank eG
Dortmund

Klaus Feuler
Kraftfahrzeugelektromeister
Fröndenberg

Dr. Axel Fuhrmann
Hauptgeschäftsführer,
Handwerkskammer Düsseldorf
Düsseldorf

Dieter Gabler
Malermeister
Eppelheim

Dipl.-Ing. Kurt Hähnichen
Kraftfahrzeugmeister
Riesa

Christoph Freiherr von Hammerstein
Bereichsleiter i. R.,
Zentralverband des
Deutschen Handwerks e. V.
Berlin

Wolfgang Heim
Kraftfahrzeugmeister
Neufahrn

Jürgen Hemmerling
Fleischermeister
Elmeloh

Dipl.-Geogr. (TU) Georg Hiltner
Hauptgeschäftsführer,
Handwerkskammer Konstanz
Radolfzell

Dr. Siegfried von Hoff
Diplom-Metallloge
Erfurt

Hans-Joachim Homeier
Dachdeckermeister
Essen
bis 27. Juni 2013

Eberhard Jürgensen
Elektromeister
Wees

Dr. Frederik Karsten
Hauptgeschäftsführer,
Handwerkskammer Chemnitz
Chemnitz

Ass. Michael Koch
Hauptgeschäftsführer,
Niedersächsischer Handwerkstag
Isernhagen

Dipl.-Volksw. Dr. Thomas Köster
Hauptgeschäftsführer i. R.,
Handwerkskammer Düsseldorf
Düsseldorf

Ernst Läger
Kaufmann
Wargau

Rüdiger Lorch
Kaufmann, Geschäftsführer,
AIK Fachschulen gGmbH
Leipzig
seit 27. Juni 2013

Dipl.-Kfm. Nicolai Lucks
Geschäftsführer,
Wallburger GmbH
Köln

Ass. Gerd Lutz
Hauptgeschäftsführer,
Handwerkskammer Karlsruhe
Karlsruhe

Dipl.-Volksw. Thomas Malcherek
Hauptgeschäftsführer,
Handwerkskammer Erfurt
Erfurt-Salomonsborn

Oliver Malchow
Polizeibeamter
Schönwalde

Dr. Winfried Materna
Geschäftsführender Gesellschafter,
MATERNA GmbH
Dortmund
bis 27. Juni 2013

Rudolf Müller
Schreinermeister
Pluwig

Winfried Müller
Gas- und Wasserinstallateurmeister
Brake

Johann Philipps
Heizungs- und Lüftungsbauermeister
Bochum

Margot Preisz
Damenschneidermeisterin
Sandhausen

Dr. Herbert Rische
Präsident,
Deutsche Rentenversicherung Bund
Berlin

Dr. Klaus Rose
Parlamentarischer Staatssekretär a. D.
Vilshofen

Hans-Werner Schech
Bezirksschornsteinfegermeister
Dillenberg

Dipl.-Kfm. Mark Scherhag
Geschäftsführenden Gesellschafter,
Autohaus Scherhag GmbH
Koblenz

Ralf Schnörr
Hauptgeschäftsführer,
Handwerkskammer Heilbronn-Franken
Waldbrunn

Dipl.-oec. Reinhard Schröter
Hauptgeschäftsführer,
Handwerkskammer zu Leipzig
Petersberg

Dipl.-Ök. Andreas Schuster
Erster Polizeihauptkommissar
Döbbrick

Arnold Senft
Geschäftsführer,
Arnold Senft Modehaus GmbH
Leinefelde
seit 27. Juni 2013

Thomas Straub
Dachdeckermeister
Eltville

Oskar Vogel
Hauptgeschäftsführer,
Baden-Württembergischer Handwerkstag e. V.
Eimeldingen

Dipl.-Volksw. Claus-Dieter Weibert
stellv. Hauptgeschäftsführer i. R.,
Industrie- und Handelskammer zu Dortmund
Dortmund

Dr. Ortwin Weltrich
Hauptgeschäftsführer,
Handwerkskammer zu Köln
Langenfeld

Dr. Stefan Zimmer
Hauptgeschäftsführer,
Handwerkskammer Rheinhessen
Darmstadt

Dipl.-Volksw. Josef Zipfel
Hauptgeschäftsführer,
Nordrhein-Westfälischer Handwerkstag
Korschenbroich

Aufsichtsrat

Paul Schnitker
Malermeister und Glasermeister
Ehrenpräsident des Zentralverbandes des
Deutschen Handwerks
Münster
Ehrenvorsitzender
verstorben am 27. Februar 2013

Dipl.-Betriebsw. Heinrich Frommknecht
Generaldirektor i. R.,
SIGNAL Versicherungen
Dortmund
Ehrenmitglied

Von der Mitgliedervertretung gewählt:

Reinhold Schulte
Vorstandsvorsitzender i. R.,
SIGNAL IDUNA Gruppe
Dortmund
Vorsitzender
seit 27. Juni 2013

Dipl.-Kfm. Günter Kutz
Vorstandsvorsitzender i. R.,
IDUNA NOVA Gruppe
Ahrensburg
Vorsitzender
bis 27. Juni 2013

Dipl.-Ing. Otto Kentzler
Gas-Wasser-Installateur und Klempner
Dortmund
stellv. Vorsitzender

Bernd Ehinger
Geschäftsführer,
Ehinger Elektro GmbH
Frankfurt

Bau-Ing. (grad.) Heinrich Gringel
Geschäftsführender Gesellschafter,
H. Gringel & Sohn GmbH
Schwalmstadt

Horst Lenk
Geschäftsführer,
Mode Lenk GmbH
Pforzheim

Klaus Repp
selbst. Metallbaumeister
Wiesbaden

Dipl.-Volksw. Prof. Dr. Wolfgang Schulhoff
Geschäftsführender Gesellschafter,
Schulhoff GmbH & Co. KG und Schulhoff Ingenieur
Planungs GmbH
Düsseldorf
verstorben am 17. Februar 2014

Holger Schwannecke
Generalsekretär,
Zentralverband des
Deutschen Handwerks e. V.
Glienicke

Dipl.-Ing. Peter Voss
Geschäftsführer,
Heinrich Voss Haustechnik GmbH
Haselünne

Bernhard Witthaut
Polizeipräsident Osnabrück
Georgsmarienhütte

Von der Arbeitnehmerschaft gewählt:

Martin Borckenfels
Versicherungsangestellter,
Mitglied des Betriebsrates,
SIGNAL IDUNA Gruppe
Hauptverwaltung Dortmund
Dortmund

Ute Grün
Versicherungsangestellte,
Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates
SIGNAL Krankenversicherung a. G.
Dortmund

Heinz-Peter Paaris
Versicherungsangestellter i. R.,
SIGNAL IDUNA Gruppe
Selm

Anja Petschow
Versicherungsangestellte,
Mitglied des Betriebsrates,
SIGNAL IDUNA Gruppe
Hauptverwaltung Hamburg
Lütjensee

Petra Wolbeck
Versicherungsangestellte,
Vorsitzende des Betriebsrates
SIGNAL IDUNA Gruppe
Hauptverwaltung Dortmund
Dortmund

Vorstand

Dipl.-Kfm. Ulrich Leitermann
Dortmund
Vorstandsvorsitzender
Lenkung und Koordination der Unternehmensführung; Organe; Recht; Presse, PR; Revision; Konzernentwicklung
seit 1. Juli 2013
Finanzen und Finanzprodukte; Finanztöchter und Beteiligungen; Immobilien; Darlehen; Unternehmensrechnung, Steuern
bis 31. Dezember 2013

Reinhold Schulte
Dortmund
Vorstandsvorsitzender
Lenkung und Koordination der Unternehmensführung; Organe; Recht; Presse, PR; Revision; Konzernentwicklung
bis 27. Juni 2013

Dipl.-Kfm. Dr. Karl-Josef Bierth
Herdecke
ordentl. Vorstandsmitglied
Krankenversicherung
Tarifentwicklung/-überwachung, Underwriting; Vertragswesen und Leistung; Service Management
Deutscher Ring Kranken

Dipl.-Math. Marlies Hirschberg-Tafel
Hamburg
ordentl. Vorstandsmitglied
Lebensversicherung:
Tarifentwicklung/-überwachung, Underwriting;
Vertragswesen und Leistung

Dipl.-Kfm. Michael Johnigk
Herdecke
ordentl. Vorstandsmitglied
Vertriebssteuerung; Außendienstorganisation; Marketing; Aus- und Weiterbildung, Personalentwicklung; LD/FD (Vertriebssteuerung/-unterstützung); Unternehmensverbindungen; Freie Vertriebe

Dipl.-Math. Michael Petmecky
Dortmund
ordentl. Vorstandsmitglied
Softwareentwicklung; Hardwarebetrieb der EDV; Datenschutz/Datensicherheit; Haustechnik; Allgemeine Verwaltung; Inkasso; Service-Center

Dipl.-Kfm. Dr. Klaus Sticker
Leichlingen
ordentl. Vorstandsmitglied
Tarifentwicklung/-überwachung, Underwriting
STHUK, Vertragswesen und Schaden STHUK;
Kreditversicherungen; Rückversicherung; Ausland

Dipl.-Volksw. Prof. Dr. Markus Warg
Hamburg
ordentl. Vorstandsmitglied
Betriebsorganisation; Qualitätsmanagement;
Planung und Controlling; Risikomanagement

Dipl.-Kfm. Martin Berger
Feldafing
stellv. Vorstandsmitglied
Finanzen und Finanzprodukte; Finanztöchter und Beteiligungen; Immobilien; Darlehen; Unternehmensrechnung, Steuern
seit 1. Januar 2014

Verantwortlicher Aktuar

Dipl.-Math. Dr. Matthias Brake
Nienburg an der Weser

Dipl.-Bankbetriebsw. Lothar Schacht
Vorstandsmitglied i. R.,
SIGNAL IDUNA Bauspar Aktiengesellschaft,
Tangstedt
stellv. Treuhänder
seit 1. Juni 2013

Treuhänder für das Sicherungsvermögen

Dipl.-Volksw. Klaus Yongden Tillmann
Generalsekretär,
Europäisches Büro des Handwerks
und KMU für Normung
Dortmund

Dipl.-Volksw. Reinhard Schulz
Hauptgeschäftsführer,
Industrie- und Handelskammer zu Dortmund
Dortmund
stellv. Treuhänder

Harald Boberg
Berater/Consultant,
Bankhaus Lampe KG
Hamburg
stellv. Treuhänder
bis 28. Januar 2013

Abschlussprüfer

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Frankfurt am Main

Peter Gründel
Vizepräsident Finanzen,
Hamburger Sportbund e. V.
Hamburg
stellv. Treuhänder

Dr. Jürgen Hogeforster
Chairman,
Hanse-Parlament
Hamburg
stellv. Treuhänder
bis 1. Mai 2013

Dipl.-Volksw. Gerhard Lenschow
Geschäftsführer i. R.,
HANSAINVEST Hanseatische Investment-
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Bargteheide
stellv. Treuhänder
seit 29. Januar 2013

Konzernangaben

Die SIGNAL Krankenversicherung a. G. hat keinen Konzernabschluss nach HGB aufzustellen.

Die offenlegungspflichtigen Unterlagen werden im Bundesanzeiger veröffentlicht und beim Unternehmensregister am Geschäftssitz hinterlegt.

Zur SIGNAL IDUNA Gruppe gehören folgende Unternehmen:

SIGNAL Krankenversicherung a. G., Dortmund
Deutscher Ring Krankenversicherungsverein a. G., Hamburg
IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe, Hamburg
SIGNAL IDUNA Lebensversicherungsgesellschaft AG (SIGNAL IDUNA Zycie Polska Towarzystwo Ubezpieczeń S.A.), Warschau
SIGNAL IDUNA Lebensversicherungsgesellschaft AG (SIGNAL IDUNA ASIGURĂRI DE VIAȚĂ S.A.), Bukarest
SIGNAL IDUNA Sterbekasse VVaG, Dortmund
SIGNAL IDUNA Pensionskasse Aktiengesellschaft, Hamburg
SIGNAL IDUNA Holding Aktiengesellschaft, Dortmund
SIGNAL Unfallversicherung a. G., Dortmund
SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft, Dortmund
ADLER Versicherung AG, Dortmund
PVAG Polizeiversicherungs-Aktiengesellschaft, Dortmund
SIGNAL Versicherung AG (SIGNAL Biztosító Zrt.), Budapest
SIGNAL IDUNA Sachversicherungsgesellschaft AG (SIGNAL IDUNA Polska Towarzystwo Ubezpieczeń S.A.), Warschau
DEURAG Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG, Wiesbaden
SIGNAL IDUNA Rückversicherungs AG, Zug
SIGNAL IDUNA Bauspar Aktiengesellschaft, Hamburg
HANSAINVEST Hanseatische Investment-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hamburg
DONNER & REUSCHEL Aktiengesellschaft, Hamburg
SIGNAL IDUNA Asset Management GmbH, Hamburg

SIGNAL IDUNA Vertriebspartnerservice Aktiengesellschaft, Dortmund

OVH Holding AG, Köln

SIGNAL IDUNA Online GmbH, Hamburg

SIGNAL IDUNA Select Invest GmbH, Hamburg

Balance Vermittlungs- und Beteiligungs-AG, Hamburg

Sie stehen unter einheitlicher Leitung und bilden deshalb einen Konzern nach Aktiengesetz.

Dortmund, 14. März 2014

Der Vorstand

Leitermann Dr. Bierth

Hirschberg-Tafel Johnigk

Petmecky Dr. Sticker

Prof. Dr. Warg Berger

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der SIGNAL Krankenversicherung a.G., Dortmund, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, 11. April 2014

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Michael Peters
Wirtschaftsprüfer

ppa. Michael Kilbinger
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat während des Berichtsjahres seine nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Er hat sich insbesondere vom Vorstand während des Geschäftsjahres regelmäßig über die Geschäftsentwicklung, die Risiken und die finanzielle Situation des Unternehmens sowie über die Lage der Gesellschaft schriftlich und mündlich unterrichten lassen und die Geschäftsführung des Vorstandes überwacht. In seinen Sitzungen informierte sich der Aufsichtsrat eingehend über die geschäftlichen Aktivitäten des Unternehmens und fasste die notwendigen Beschlüsse.

Der Aufsichtsrat konnte sich durch seine Prüfungen von der ordnungsgemäßen Geschäftsführung des Vorstandes überzeugen.

Im Aufsichtsratsausschuss Kapitalanlagen ist über bedeutsame Anlagevorhaben beraten worden. Der Ausschuss hat die ihm obliegenden Beschlüsse gefasst. Im Aufsichtsratsausschuss Versicherungstechnik wurden neue Entwicklungen der Allgemeinen Versicherungsbedingungen erörtert und gemeinsam mit dem Vorstand beschlossen

Der Abschlussprüfer, die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, hat den Jahresabschluss und den Lagebericht zum 31. Dezember 2013 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Aufsichtsrat hat den Prüfungsbericht zur Kenntnis genommen und stimmt dem Ergebnis der Prüfung zu.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht lagen dem Aufsichtsrat vor und sind von ihm geprüft worden. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind Einwendungen nicht zu erheben.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss gebilligt, der damit festgestellt ist.

Dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der SIGNAL IDUNA Gruppe gilt der Dank des Aufsichtsrates für die im Jahre 2013 geleistete Arbeit.

Dortmund, 20. Mai 2014

Der Aufsichtsrat

Reinhold Schulte
Vorsitzender

Unser Servicenetz: nah am Kunden.





SIGNAL IDUNA Gruppe

Hauptverwaltung Dortmund
Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund

Hauptverwaltung Hamburg
Neue Rabenstraße 15-19
20354 Hamburg